

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich.

10 Jahrgang.

Donnerstag, 27. Feber 1930

Nr. 50.

Um den unveränderten Mieterschutz.

Seute wichtiger Ministerrat.

Prag, 26. Feber. Die seit langem innerhalb der Regierung geführten Verhandlungen über das nächste Arbeitsprogramm der Koalition scheinen bereits die Form bestimmter Gesetze zu nehmen. Heute nachmittags beriet im Senat neuerdings die politische Ministerkommission, über deren Ergebnis nichts in Erfahrung zu bringen war. Doch wird in eingeweihten Kreisen dem morgigen Ministerrat für die weitere Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse große Bedeutung zugeschrieben. Er wird sich bereits mit einer Reihe konkreter Gesetzeswürfe zu befassen haben, die in der letzten Zeit schon wiederholt in der Presse angekündigt wurden und die den erhöhten Verbrauch einheimischer Roggens und überhaupt einheimischer Agrarprodukte sicherstellen sollen; es sind dies die Vorlagen über die Ausmahlung des Getreides, über die Verwendung von Roggenmehl zum Brotbacken und über die Verpflichtung staatlicher und öffentlicher Anstalten zur ausschließlichen Verwendung von landwirtschaftlichen Produktion einheimischer Provenienz. Auch die bereits vom Dreierkomitee durchberateten Vorlagen über die Alpenregionen und die Verbesserung des Genter Systems dürften vielleicht keinen großen Schwierigkeiten begegnen.

Dagegen hat es den Anschein, als ob die tschechischen Agrarier gewonnen seien, einen Kampf, vielleicht auch nur ein Rückzugsgesetz zur Durchsetzung der von ihrer Hausbesitzergruppe aufgestellten Forderungen nach Abbau des Mieterschutzes zu führen. Die Frage der Bauförderung und des Mieterschutzes, dessen unveränderte Verlängerung auf ein Jahr der Fürsorgeminister Genosse Dr. Cech bekanntlich verspricht, dürfte im morgigen Ministerrat eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Senat

Zuweisung des Budgets an den Ausschuss.

Prag, 26. Feber. Der Senat behandelte heute nachmittags im Beisein der Mitglieder der Regierung die Vorlage über die gesetzliche Deklaration der Verdienste des Präsidenten Masaryk um den Staat. Berichterstatter war der tschechische Sozialdemokrat de Witt. Auch hier brachte ein streitbarer Kommunist die Verhaftung des Abgeordneten Kopecky auf Tapet und ging dabei in seinen schredlich übertriebenen, abgedroschenen Phrasenschwall so weit, daß ihn der Vorsitzende dreimal zur Ordnung rief und es in den Banken zu erregten Auseinandersetzungen zwischen einzelnen tschechischen Sozialdemokraten und Kommunisten kam. Die Vorlage wurde dann unter starkem Beifall von der Mehrheit in beiden Lesungen angenommen. Dann wurde noch ein Zusatzantrag zum Handelsvertrag mit Frankreich, in dem die Tschechoslowakei auf den begünstigten Tarif für Hafer verzichtet, wogegen Frankreich sich verpflichtet, die für uns viel wichtigeren Zölle auf Hopfen und Gerste nicht zu erhöhen, nach kurzer Debatte genehmigt. Imminenzfälle füllten den Rest der Sitzung aus.

In einer zweiten formalen Sitzung wurde das inzwischen aufgesetzte Budget dem Budgetausschuss zugewiesen. Dieser trat sofort nach der Haus Sitzung zusammen und nahm die Zuweisung der einzelnen Budgetkapitel an die verschiedenen Referenten vor. Generalberichterstatter ist wie im Vorjahr der tschechische Agrarier Stodola.

Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen werden.

Dreimächtenabkommen in London?

London, 26. Feber. (Reuter.) Die technische Unterkommission der Marinekonferenz macht große Fortschritte. Ein offizieller englischer Bericht besagt, daß die Konferenzarbeiten auf der Grundlage der Besprechungen der fünf Mächte einen ungestörten und befriedigenden Verlauf nehmen. Niemand denke an den Abschluß eines sogenannten Dreimächten-Abkommens.

Gefängnissturm auf Mytilene.

Berlin, 26. Feber. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Athen meldet, kam es auf der Insel Mytilene zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Das Gefängnis wurde gestürmt und alle Gefangenen wurden befreit. Es gelang der Gendarmerie, die Auffständischen zu vertreiben und die Ordnung wieder herzustellen.

Tardieu lehrt wieder.

Nachdem Poincaré aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hat.

Paris, 26. Feber. Der Präsident der Republik hatte heute vormittag dem früheren Ministerpräsidenten Tardieu die Kabinettsbildung angeboten. Tardieu lehnte jedoch zunächst ab und legte dem Präsidenten nahe, Poincaré mit der Lösung der vier großen internationalen Aufgaben, die in nächster Zeit gelöst werden müßten (Secarüstungskonferenz, Intraffischen des Young-Planes, Genter Zollwaffenstillstand und Saarverhandlungen), zu betrauen.

Poincaré wurde dann auch zum Präsidenten gerufen, doch erklärte er schon vorher den Journalisten, daß er ablehnen werde. Dem Präsidenten gegenüber begründete er die Ablehnung mit seiner noch nicht wieder hergestellten Gesundheit. Er erklärte sich aber bereit, Tardieu zur Bildung eines Kabinetts einer republikanischen Einigung seine Unterstützung zu leisten.

Daranhin nahm Tardieu in einer zweiten Besprechung mit dem Präsidenten den Auftrag zur Kabinettsbildung an. Er nahm sofort die diesbezüglichen Verhandlungen auf.

Paris, 26. Feber. Die sozialistisch-radikale Fraktion hat heute den einstimmigen Beschluß gefaßt, jeder Regierung unter dem Vorstiz Tardieus ihre Mitarbeit zu versagen. Es bleibt somit Tardieu nichts anderes übrig, als die Mitarbeit in seiner Regierung bei jenen Fraktionen zu suchen, die ihn schon in seinem letzten Kabinett unterstützten, d. i. bei der Mitte und bei der Rechten. Es ist jedoch nicht sicher, ob nach den gestrigen Ereignissen in der Kammer die radikale Linke bereit sein wird, mit der Rechten wie bisher zusammenzuarbeiten.

Gemeindeautonomie auf neuer Basis.

Genosse Kremer für die völlige Beseitigung des Gemeindefinanzgesetzes.

Prag, 26. Feber. Nachstehend veröffentlicht wir im Auszug die Rede, die gestern Genosse Kremer in der Budgetdebatte hielt. In knappen, dafür umso wirkungsvolleren Worten schilderte er das schwere Finanzelend, in dem die Selbstverwaltungskörper durch die Schuld des unglücklichen Gemeindefinanzgesetzes stecken, und zeigte dessen haarsträubenden Widerstand an Beispielen auf. In einem zweiten aufbauenden Teil skizzierte er dann im Einklang mit dem Brünner Beschlusse unserer Gemeindevertreter den Weg, der zur Rettung der autonomen Körperschaften notwendig wäre und der vor allem die Beseitigung des gegenwärtigen Gesetzes und seine Ersetzung durch ein gänzlich anderes Steuer- und Zuschlagssystem zur Voraussetzung hat. Seinen bemerkenswerten Ausführungen, die aus der Praxis eines langjährigen Gemeindevertreters stammen, entnehmen wir folgendes:

Der alte Grundsatz, daß die Grundlage des freien Staates nur die freie Gemeinde sein könne, wurde schon durch die Gemeindefinanzgesetze vom Jahre 1921 eingeschränkt und durch das Gesetz Nr. 77/1927 fast beseitigt. Die Freiheit der Gemeinde, über ihre Mittel im Interesse der Bevölkerung zu verfügen, wurde vollständig erschlagen. Die gewählte Gemeindevertretung hat heute nur das auszuführen, was ihr von einer verständnislosen Bürokratie vorgeschrieben wird; es entscheidet nicht mehr die soziale Notwendigkeit. Das Gemeindefinanzgesetz sollte die Gemeindefinanzen angeblich in Ordnung bringen und der „Verschwendungssucht“ der Gemeinden entgegenwirken. Nach zweijährigem Bestand dieses monströsen Gesetzes können wir aber feststellen,

daß in der Finanzwirtschaft der Gemeinden noch nie eine größere Unsicherheit und Unordnung bestanden hat, als gerade jetzt. Die gesamte Desfinitivität ist sich dank unserer Klärungsarbeit heute vollkommen klar darüber, daß das Gesetz unhaltbar ist und ein vollständig neues Gesetz an seine Stelle treten muß.

Der Finanzminister hat erklärt, daß das Gemeindefinanzgesetz nur einen Uebergangscharakter habe und angeblich bisher nicht die geeignete Zeit war, um eine definitive Aufteilung der Aufgaben öffentlich rechtlichen Charakters zwischen Staat und autonomen Körperschaften zu treffen; ferner sei für die Sanierung der autonomen Finanzen die Stabilisierung ihres budgetären Bedarfses wichtig. Weiters sei es notwendig, sich ein definitives Bild über die Verschuldung der Selbstverwaltungskörper zu beschaffen; erst dann werde es möglich sein, an eine definitive Regelung der Finanzen der autonomen Körperschaften heranzutreten. Endlich erklärte der Minister, daß die Ansprüche an den Ausgleichsfond ständig wachsen und die Fonds sich als unzureichend erweisen; es müsse daher inzwischen rasch den Fonds geholfen und die größten Schwierigkeiten der Selbstverwaltungskörper erleichtert werden. Der Minister stellte in Aussicht, daß diesen dringendsten Bedürfnissen in kurzer Zeit durch einen Gesetzentwurf entsprochen werden wird.

Vor allem erheben wir in den Äußerungen des Herrn Ministers darin einen Widerspruch, daß er die definitive Regelung des Mieterschutzes und die Freigabe der Mietzinse, sowie die Deckung des Personalaufwandes für die Schulen voranstellt.

Der Herr Minister glaubt also, daß die Regelung der Gemeindefinanzen von der Lösung dieser erwähnten Fragen abhängig sei. Der derzeitige Zustand soll demnach noch weiterhin erhalten bleiben und die Herren werden vielleicht erst begreifen wollen, wenn der vollständige Verfall der Gemeinden eingetreten ist!

Allen Gerede der Anhänger des Gesetzes zum Trotz, bleibt nach wie vor die Tatsache bestehen, daß sich in allen größeren, mittleren und kleinen Gemeinden die Finanzen noch nie in einem so desolaten Zustand befunden haben, wie heute. Man sucht die Schuld jetzt vielfach nicht dem Gesetz, sondern seiner Durchführung zuzuschreiben. Entscheidend ist aber,

daß man den Selbstverwaltungskörpern durch die Steuerreform und das Gemeindefinanzgesetz eine ganze Reihe von Einnahmen entzogen hat, daß man die Zuschläge limitiert und die Abgaben ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Bevölkerung und den voraussichtlichen Ertrag schablonisiert hat.

Daneben hat man den samosen Dotationsfond geschaffen, dessen Aufteilung willkürlich in die Hände einiger Einzelpersonen gelegt wird, ohne daß die Selbstverwaltungskörper einen rechtlichen Anspruch geltend machen könnten. Die lächerlich kleine Summe, mit der der Fond dotiert wird, reicht nicht einmal aus, um die auf einem Gesetz oder Selbstverwaltungskörper zu befriedigen! Nachstehend nur wenige Ziffern über dieses Kapitel: Die Zuteilung des Staates an den

Ausgleichsfond in Böhmen beträgt 120 Millionen, von denen etwa 18 Millionen für Gehälter und Pensionen der Bezirke aufgehen, so daß

rund 100 Millionen übrig bleiben. Die Ansprüche der Bezirke und Gemeinden betragen aber etwa 600 Millionen! Es müssen also in all diesen Voranschlägen 500 Millionen gestrichen werden, um das Gleichgewicht herzustellen! Aber selbst die Erfordernisse der Bezirke und Gemeinden, die auf einem Gesetz oder Rechtstitel beruhen, konnten im ersten Jahre nur zu 93 Prozent gedeckt werden.

Man mußte also selbst Ausgaben streichen, zu denen die Bezirke und Gemeinden auf Grund von bestehenden Verträgen oder Gesetzen verpflichtet sind! Alle anderen, namentlich sozialen, Ausgaben konnten durch die Mittel des Ausgleichsfonds nicht gedeckt werden. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß die autonomen Körperschaften aus früheren Jahren noch Reserven aufgestapelt hatten, die aber in den ersten beiden Jahren zur Gänze aufgebraucht wurden.

Vor Inkrafttreten des Gesetzes hatten wir in Böhmen bei 213 autonomen Bezirksverwaltungen folgende Umlagen: vier Bezirke hatten unter 110 Prozent, 47 bis 200 Prozent, 135 bis 400 Prozent, 26 bis 700 und ein Bezirk über 700 Prozent.

98 Prozent aller Bezirke sind also durch das Limit der Zuschläge geschädigt!

Außerdem wurden ihnen die Zuweisung aus der Umlage- und Zuschlagsteuer weggenommen.

So daß diese 213 Bezirke einen Einnahmeverlust von rund 150 Millionen erlitten haben.

Durch die Uebernahme von Beamten in den Staatsdienst haben sie etwa 18 Millionen erspart. Es (Schluß auf Seite 2.)

Agrarfrage und Mieterschutz

Am 31. März läuft das geltende Mieterschutzgesetz ab. Unter den gegenwärtigen Umständen kann, wie der Fürsorgeminister Genosse Dr. Cech offen erklärt hat, zunächst an keine andere Novellierung des Gesetzes als an seine provisorische Verlängerung gedacht werden. In der Zeit der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, unter welchen Erscheinungen volkswirtschaftlich ja nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch Handel und Gewerbe, also auch die Mieter kleiner Geschäftsräume und Werkstätten, schwer leiden, in der Zeit drückender Wirtschaftskrise kann man nicht den Massen der Bevölkerung eine höchst überflüssige Mehrbelastung aufbürden, noch kann man durch tief eingreifende Änderungen des Rechtsverhältnisses von Haus- und Mieter durch die von uns immer abgelehnte Rückkehr zur Rechtslosigkeit der Mieter, zur anarchischen Willkürherrschaft der Hausbesitzer, Zehntausende obdachlos machen. Selbst eine Bürgerregierung müßte unter den gegebenen ökonomischen Voraussetzungen Bedenken tragen, am Mieterschutz zu rütteln.

Es kommt dazu, daß die Bürgerregierung zwar den Mieterschutz weiter abgebaut, aber weder im vernachlässigten Ressort des Pater Strámel noch in einem anderen für eine Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Vorbedingungen einer anderen Wohnungswirtschaft gesorgt hat. Es fehlen uns die genauen Statistiken über Alt- und Neumieter, über Mietzinse und soziale Leistungsfähigkeit, über Wohnungsbedarf und Steuerbelastung, kurz jede wissenschaftliche Untersuchung über den Wohnungsmarkt. Ins Blau hinein abzubauen und zu reformieren, mag vielleicht Sache einer Bürgerblockregierung sein, für Sozialisten ist es eine ganz indiskutable Form der Gesetzgebung. Auch aus diesen technischen Gründen also bleibt nichts übrig als zu warten.

Innerhalb der großen Koalition schienen die meisten Parteien die Logik dieser Gedankengänge zu begreifen. Die Verlängerung des Mieterschutzes schien gesichert; da erhob sich plötzlich entschiedener Widerspruch der Agrarier. Im Parlament und in Haus herrndemonstrationen erklärten die Agrarier plötzlich, es sei an keine unveränderte Verlängerung des Mieterschutzes zu denken, man müsse wenigstens die Hausherrnrechte beträchtlich erweitern. Wozu diese Aktion?

Die Agrarier geben vor, als Standespartei der Bauern vor allem die Interessen des Landvolkes zu vertreten. Wie weit sie das tun, ist ja umstritten. Aber nehmen wir einmal an, die Agrarier seien eine Partei der Bauernmassen! Nehmen wir einmal an, es sei ihnen seit Monaten um nichts anderes zu tun als um die Behebung der Agrarfrage, über die sie vor Wochen schon Alarmmeldungen in alle Welt schickten! Daß eine partielle Agrarfrage besteht, wurde von sozialistischer Seite nicht bestritten. Die Sozialdemokratie hat lediglich Uebertreibungen der agrarischen Propaganda zurückgewiesen und sie hat von allem Anfang darauf verwiesen, daß neben der Agrarfrage eine allgemeine Wirtschaftskrise besteht und daß beide nur im Zusammenhang bekämpft werden können. Denn weder kann man durch einfache Preissteigerung der agrarischen Produkte die Not der Industriearbeiter noch steigern, noch könnte man dadurch den Bauern helfen, die doch auf die Kaufkraft des inneren Marktes angewiesen sind. Wir hatten und haben also unsere eigene Meinung über die Möglichkeiten einer Bekämpfung der Landwirtschaftskrise. Aber wir haben keinen Augenblick lang Zweifel daran gefaßt, daß es uns um die Behebung der Agrarfrage durchaus ernst ist. Nicht nur aus Gründen der Koalitionspolitik, nicht nur weil wir uns der Notwendigkeit gewisser Kompromisse bewußt sind, sondern grundsätzlich, als Vertreter der arbeitenden Massen auch des ländlichen Proletariats und der kleinen Arbeits-

bauern wünschen wir eine Behebung der partiellen Agrarkrise.

Die Agrarier wissen sehr gut, daß wir keineswegs intransigent sind, sie wissen, daß mit uns über die Agrarkrise zu reden ist und daß wir nicht daran denken, ehelichen Verständigungswillen auf der andern Seite mit überspannten Forderungen zu begegnen, die sich aus dem Koalitionsverhältnis heraus mag man es begrüßen oder bedauern — nun einmal rein taktisch verbieten. Aber die Agrarier wissen auch, daß wir nicht gesonnen sind, auf Kosten der arbeitenden Massen irgendwelche Besitzrenten, irgendwelches arbeitslose Einkommen zu steigern. Unter dem Bürgerblock konnte man die Gewinne der Banken, Trusts, Unternehmer, Großgrundbesitzer, Häuflerpekulanten durch Steuerreform und andere Maßnahmen hemmunglos erhöhen. Damit muß es ein Ende haben. Wozu kommen uns die Agrarier, wenn es ihnen um Bauerninteressen, um die Lösung der Agrarkrise geht, mit den Hausherrnforderungen?

Der Bauer hat unmittelbar kein Interesse am Abbau des Mieterzuges. Der Bauer lebt in seinem Hause, aber sein Haus ist ihm in den seltensten Fällen eine besondere Einnahmequelle. Wo er Mieter hat, sind es meist arme Teufel, die eine Mietensteigerung nicht unbedingt braucht. Ihm muß im Gegenteil an der Zahlungsfähigkeit und Kaufkraft sowohl des städtischen als auch des dörflichen Proletariats liegen, das seine Rundschaft ist. Vom Verkauf an den Hausherrn allein kann er nicht leben. Und zu all dem haben wir ja vom Bürgerblock her die gesetzliche Bestimmung, daß Gemeinden unter 2000 Einwohnern den Mieterzuschuß durch Gemeindevertretungsbeschluß abschaffen können. Was wollen die Agrarier noch?

Sie wollen den bürgerlichen Parteien die städtischen Wähler wegfangen. Sie denken nicht so sehr an ihre Ständesinteressen und an ihre bäuerlichen Wähler, als an ihre politische Macht schlechthin, an die Eroberung der Städte, wo sie als die Schützer des Hausbesitzes auftreten. In Prag geht es ohne Zweifel um 30 bis 40.000 Hausherrnstimmen, die den Agrariern zufallen können. Um diese Stimmen zu gewinnen, treiben die Agrarier Hausherrnpolitik statt Bauernpolitik. Es mag natürlich ein unmittelbares Klasseninteresse gewisser agrarischer Oberschichten dazukommen. Restgutsbarone und Großbauern haben Häuser in Prag oder anderen Großstädten und beziehen aus ihnen Renten, die sie gern steigern würden. Aber die Sache wird dadurch nicht besser, daß die Agrarier die Hausherrninteressen von ein paar Grundherren über die Interessen von Zehntausenden Bauern stellen.

Die Agrarier wissen, daß die Lösung der Landwirtschaftskrise kein Ding der Unmöglichkeit ist. Sie wissen, daß wir ein Interesse an der Lösung der Krise haben, daß es Verständigungsmöglichkeiten gibt und daß auch unsere Forderungen für die Industriearbeiterschaft den Bauern keine untragbaren Lasten aufer-

legen. Wenn die Agrarier sich darauf beschränken wollen, Bauernpolitik zu machen, so gibt es keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen rotem und grünem Block. Die Idee der rotgrünen Koalition erwächst ja aus dem Gedanken, daß zwischen Bauern und Arbeitern im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine begrenzte Zusammenarbeit möglich sein muß.

Wenn aber die Agrarier die Bauerninteressen in zweiter Linie, die Interessen der Häuser- und Bodenpekulanten, der großen Hausherrn, der „arbeitslosen“ Rentner, voranstellen und bereit sind, die Lösung der

Agrarkrise hinauszuschieben, um den Hausherrn etwas herauszufehen, so ist das vielleicht ihre Sache, aber wir werden das den Bauern auch offen sagen. Dann mögen die agrarischen Blätter nur nicht von der dringlichen Agrarkrise, vom „Spiel mit dem Feuer“ und von der Hartnäckigkeit der Sozialisten reden, sondern ihren Parteigängern sagen, daß sie zur Lösung der Agrarkrise nicht kommen, weil ihnen das Hausherrn-Manöver wichtiger erscheint, weil gewissen Herren der Rod näher zu sein scheint als das Hemd!

Gemeindeautonomie auf neuer Basis.

(Schluß von Seite 1.)

wäre also ein Betrag von 130 Millionen notwendig, um den Bezirken wenigstens die Einnahmen des Jahres 1927 zu sichern.

Die Zuweisungen aus dem Dotationsfonds von 100 Millionen reichen also nicht einmal aus, um die Bedürfnisse der Bezirke zu befriedigen, geschweige denn erst den vielen Tausenden von Gemeinden zu helfen!

Welche Folgen der resultierende Zwang zu Streichungen in den Voranschlägen zeitigt, müßte, wenn es nicht so ernst wäre, direkt humoristisch an. Ein den Verhältnissen vollständig fremder Mensch hat die Voranschläge auch materiell zu überprüfen. Welche genialen Geister wären notwendig, um tatsächlich objektiv überprüfen zu können, ob etwa eine Gemeinde Schulbänke notwendig anschaffen muß, oder ob die Ausbesserung von Schotterfängen bei Wildbachregulierungen tatsächlich notwendig ist oder man noch zwei Jahre zumarbeiten kann!

Eine Katastrophe für viele Gemeinden ist das Verpflegungskostenübel.

Auch hier sind eine Reihe von bürokratischen Kunststücken aufgeführt worden, so daß man z. B. bei der Überprüfung des Voranschlags den Betrag für das Verpflegungskostenübel herabgesetzt hat, während später dieselbe Landesbehörde die Rechnung zur Zahlung des Verpflegungskostenübel präsentierte, die noch höher war, als der ursprünglich vorgesehene Betrag. Ebenso schrecklich sind die Streichungen in den Voranschlägen der Bezirke für die Krankenhäuser. Man könnte da hunderte Beispiele anführen, wie unvernünftig bei den Streichungen vorgegangen wird, weil einfach für diese Bürokraten nur die papierene Vorchrift maßgebend ist, das Leben der Menschen aber völlig unberücksichtigt bleibt. Heute kann keine einzige Gemeinde mehr an der Hand ihres Voranschlags im laufenden Geschäftsjahre ihre Agenda abwickeln, weil die Vorschläge immer erst rechtskräftig werden, wenn das Geschäftsjahr schon abgelaufen ist.

Das Gemeindefinanzgesetz hat also die Bedeutung der Voranschläge für die Führung der Verwaltung ganz illusorisch gemacht!

Noch schlimmer steht es mit den Zuweisungen aus dem Dotationsfonds. Die Gemeinde erhält gewöhnlich in der zweiten Jahreshälfte einen Vorschuß mit der Bemerkung, daß er nach Überprüfung des Voranschlags eventuell zurückverlangt werden kann. Bestenfalls am Ende des Geschäftsjahres erhält die Gemeinde dann den zusammengebrachten Voranschlag mit der Mitteilung, daß die endgültige Zuweisung aus dem Dotationsfonds so und soviel betrage,

daß aber der abzüglich des Vorschusses verbleibende Rest derzeit nicht flüssig gemacht werden könne, weil der Fonds momentan keine Mittel besitze!

Dagegen versteht es der Staat ausgezeichnet, den Gemeinden in übertragendem Wirkungs-

kreis immer mehr und mehr Lasten aufzubürden. In bürgerlichen Kreisen wird der Ruf laut, diesen Wirkungskreis den Gemeinden abzunehmen. Dann müßte der Staat aber auch die dadurch überflüssig gewordenen autonomen Angestellten in den Staatsdienst übernehmen.

So wie das Gesetz der unbemittelten Bevölkerung durch die Erhöhung der Abgaben neue Lasten gebracht hat, so hat

die Steuerreform

den Besitzklassen ungeheure Vorteile gegeben. Das ergibt man aus einem Vergleich der direkten Steuern vor der Reform und nach ihr. Die Grundsteuer wurde im Jahr 1927 mit 97 Millionen in Voranschlag gestellt, im Jahre 1929 nur mit 83 und heuer gar nur mit 78 Millionen; die allgemeine Erwerbsteuer ging in derselben Zeit von 213 Millionen auf 175, bzw. 127 Millionen zurück, die besondere Erwerbsteuer von 279 auf 221 und heuer gar auf 210 Millionen!

Der Herr Finanzminister dürfte heute bereits davon überzeugt sein, daß es ihm trotz der großen Geschenke, die er den wohlhabenden Steuerzahlern gemacht hat, nicht gelungen ist, die viel gerühmte Steuermoral zu heben. Sie nahmen zwar die Geschenke, die Moral überlassen sie aber den anderen!

Wir sind überzeugt, daß eine bloße Novellierung des Gemeindefinanzgesetzes keine Besserung bringt, sondern daß eine Reform unseres gesamten Steuerwesens und in diesem Zusammenhang eine Reform der Aufteilung der öffentlichen Mittel zwischen Staat und Selbstverwaltungskörper kommen muß und daneben auch eine Reorganisation unserer gesamten Verwaltung.

Die Krise kann nur dadurch gelöst werden, daß den Selbstverwaltungskörpern die notwendigen Einnahmequellen erschlossen werden und ihnen die Freiheit ihrer finanziellen Gebarung wiedergegeben wird. Die dazu erforderlichen Mittel können aber nicht von den breiten Massen der Bevölkerung aufgebracht werden.

Die Krise der Selbstverwaltungskörper kann vielmehr nur durch eine entsprechende Erfassung des Besitzes gelöst werden.

Dazu ist aber das bestehende Umlagensystem absolut nicht geeignet.

Wir fordern daher die Umwandlung der bestehenden Ertragssteuern samt Zuschlägen in eine einheitliche durchgängig gleiche, vom Staat einzubehaltende Steuer, aus welcher den Ländern, Bezirken und Gemeinden ein ihren finanziellen Bedürfnissen entsprechender Anteil als gesetzlicher Anspruch zu überlassen wäre.

Diese einheitlichen Steuern sind nach der Leistungsfähigkeit progressiv zu stellen, wobei ein angemessenes steuerfreies Minimum zu schaffen ist. Die Aufteilung auf die einzelnen Selbstverwaltungskörper ist an einen Schlüssel nach englischem Vorbild zu binden, für dessen Erstellung die Bevölkerungszahl, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben, das Kommunikationsnetz etc. maß-

gebend sind. Diese Steueranteile sollen nur als Ergänzung der eigenen Einnahmequellen der Selbstverwaltungskörper dienen. In dieser Richtung muß ihnen ein größerer Spielraum als bisher eingeräumt und insbesondere die volle Erfassung des Besitzes und des Luxusauswandes bei Schonung des Arbeitsvermögens und des Massenkonsums ermöglicht werden. Zugleich muß auch den Gemeinden die Freiheit ihrer Finanzgebarung schon aus technischen Gründen gegeben werden. Alle diese Maßnahmen können aber nur in leistungsfähigen Gemeinwesen wirksam werden. Wir verlangen daher, daß räumlich zusammengehörige Siedlungsgebiete durch Eingemeindung zusammengeschlossen werden und den Gemeinden und Bezirken die Bildung von Zweckverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben ermöglicht wird. Für diese Eingemeindung dürfen allerdings keineswegs nationalstiftische Momente bestimmend sein.

Wir sind der Überzeugung, daß jedes Mitglied an dem Gemeindefinanzgesetz zum Scheitern verurteilt ist, und beharren daher auf seiner völligen Beseitigung und auf einer grundlegenden Änderung in der Konstruktion der autonomen Finanzen nach den vorangeführten Grundsätzen.

Als Ubergangsstadium für die allernächste Zeit fordern wir eine Aktion zur Entschuldung der Gemeinden, eine erhöhte Dotierung des Ausgleichsfonds und eine Lockerung des Umlagenlimits. Diese Ubergangsmassnahmen dürfen die grundlegende Reform allerdings nicht verzögern.

Für diese Forderungen werden wir jederzeit und überall eintreten, bis wir die wirklich freie Selbstverwaltung erkämpft haben! (Lebhafter Beifall!)

Außenauschuss.

Zusatzprotokolle mit Frankreich u. Deutschland.

Prag, 26. Febr. Der Außenauschuss des Abgeordnetenhauses besaßte sich Mittwoch vor der Hausung mit einigen internationalen Verträgen, die dem Parlament zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt wurden.

Es geht da um einen Zusatzvertrag vom 10. Jänner zum Handelsvertrag mit Frankreich, in dem sich unsere Regierung verpflichtet, nicht auf dem Vertragstarif für die Hafereinfuhr nach Frankreich zu verharren, als Gegenleistung verpflichtet sich Frankreich, die Zollsätze für die Einfuhr unseres Hopfens und Gerste nach Frankreich nicht zu erhöhen.

Der Referent erklärt, daß man diesem Versuch um so eher willfährig könne, als während der Dauer des Handelsvertrages überhaupt kein Hafer von uns nach Frankreich ausgeführt worden sei, während unsere Ausfuhr von Hopfen und Gerste nach Frankreich von Jahr zu Jahr steige.

Der Zusatzvertrag wird debattelos genehmigt, ebenso ein Vertrag mit Dänemark über die Einbeziehung Grönlands in die Meistbegünstigungsklausel des Handelsvertrages mit Dänemark.

Der dritte Vertrag betrifft Änderungen einiger Zolltarifposten im Verkehr mit Deutschland, die bereits vor kurzem im Senat erledigt wurden. Die Tschechoslowakei verpflichtet sich, Bücher ohne Rücksicht auf die Art des Einbandes zollfrei hereinzulassen, während Deutschland dafür die Zölle für gewisse Rohmaterialien für Tischendbatterien und für Fajpach aufhebt und die Bruttozölle für Rohstahl in Nettozölle umwandelt.

Der amwesende Vertreter des Außenministeriums Dr. Friedmann gibt Ausführungen über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, die bekanntlich seit mehreren Jahren

Ich oder — Ich?

Roman von Herman Pilgendorff.

Copyright by Gruner & Co., Berlin NW 6 (Kochend verbot.)

Es kam ein eigentümlicher Gang in Inges Augen. Sie hörte kaum noch, daß Raffla von der ungeheuren Ähnlichkeit Vestmanns mit Aram sprach.

Sie fragte ganz kurz und schnell: „Sie waren es also, der die Wechsel meines Vaters zerriß?“

„Ja!“ sagte Vestmann und seine starren Lippen fielen auseinander wie im Krampf. Seine Augen hielt er gesenkt.

Inge aber fuhr fort: „Sie schenkten den Arbeitern eine Million?“

Vestmann nickte mit dem gesenkten Kopf.

„Sie kämpften für mich in der Fabrik?“

„Ja!“ Es kam nur ein Murmeln.

„Sie retteten die Kinder aus der brennenden Scheune unter Lebensgefahr?“

Vestmanns Schultern zuckten ein schmerzhaftes „Ja!“

„... und Sie kämpften auch in jener furchtbaren Nacht für mich und retteten mich vor den Teufeln, die mehr als mein Leben von mir wollten...?“

Inges Stimme war immer triumphierender geworden.

Ihre Augen leuchteten plötzlich. Röte stieg in ihr Gesicht. Ihr Atem ging heiß und schnell. Und zuletzt stieß sie hervor:

„... und Sie haben sich nie mit Hildegard Tritschoff verabredet, zu fliehen?“

„Nein!“ Vestmanns Stimme klang bei dieser letzten Antwort auf wie eine silberne Glocke.

„Nein, ich habe Sie ja geliebt...!“

Raffla lachte höhnlich auf.

„Was soll diese ganze Komödie? Wenn Sie wüßten, was dieser Mann...!“

Inge wehrte mit der Hand ab. Die Welt war nicht mehr voll Traurigkeit. Inge war nicht mehr schwach. Sie war stark. Sie liebte...

„Nehmen Sie dem Mann die Fesseln ab, Inspektor!“ sagte Inge und trat hart an Raffla heran.

Raffla griff sich mit der Hand an die Stirn. Er lachte verzogen und blöde...

„Verrückt! Verrückt!“ stieß er hervor. „Sie werden sich unsterblich blamieren, Inspektor...!“

„Ich sage Ihnen, dieser Mann ist kein... Mörder... Kann kein Mörder sein...!“

„Er mag im Ruchthaus gefesselt haben...!“

„Gut! Ich weiß nicht, was er damals getan hat...!“

„Ich werde es eines Tages wissen, und es wird mich nicht erschrecken! Aber lassen Sie den Mann frei...!“

Er stand hochaufgerichtet. Ihre Stimme hatte etwas Befehlendes, und sie klang hell und rein wie eine Glocke.

Was Paul Vestmann auch in seinem Leben getan haben mochte. In diesen Minuten blühte er alles ab. Inges Worte zu ihm... ihre Worte waren Peitschenhiebe, die ihn aufstöhnen ließen... hätte er in diesem Augenblick Tornheim lebendig machen können, er wäre gern dafür tausendmal den schmerzhaftesten Tod gestorben...

Er wagte nicht, aufzublicken. Kälteschauer überliefen ihn. Er zitterte am ganzen Leibe, so wie er nie vor dem Tode gezittert hätte.

Raffla höhnte... „Vielleicht fragen Sie ihn selbst, ob er Tornheim nicht ermordet hat? Ist er nicht das Bild des bösen Gewissens?“

Vestmann fühlte eine weiche Hand auf seiner Schulter.

Ein weicher Atem strich über sein Gesicht, und Vestmann fühlte, daß sein Herz aus tausend Herzen bestand, die alle schmerzhaft aufzuckten...

Das Schlimmste aber war die vertrauensvolle Stimme Inges:

„Du... Du... sag doch! Du kannst nicht gemordet haben...!“

„Es ist Lüge, nicht wahr?“ Vestmann zitterte wie Espenlaub.

Und noch einmal kam: „Du... sprich!“

Jetzt aber fast schon ein Schrei, durch den unsägliche Verzweiflung und Trauer zitterten.

Vestmann ballte die Fäuste. Sein Gesicht wurde hart und unbeweglich wie Stein. Er tötete sein Ich, als er jetzt seine starren Augen auf Inge richtete:

„Ich habe nie gelogen...!“

„Und?“ Inges Stimme rang mit Vestmann um ein „Nein!“

Aber Vestmann konnte nicht lügen. „Ja, ich habe Tornheim getötet!“

Vestmann stand wie versteinert. Nichts bewegte sich mehr an ihm. Nur in den Augen brannten alle Qualen der Hölle.

Inge schwankte. Die Welt war plötzlich zertrümmert. Ihr Herz in Fetzen gerissen und in alle Winde zerstreut...

Und doch kam in diesem Augenblick eine fremde Stimme von der Tür her.

„Es ist nicht wahr! Er lügt! Er hat Tornheim nicht gemordet!“

Es war Kommissar Longinus, der dies gesagt hatte.

Er stand in der Tür und kam im rechten Augenblick, um Inge vor der Ohnmacht zu bewahren.

29. Kapitel.

„Ich bin ein Mörder, Herr Kommissar!“

„Er lügt,“ wiederholte Inge, aber das Lächeln, das um ihre Lippen zuckte, war fremd und abwesend. Sie strich über die schmerzende Stirn und der Ausdruck völliger Hilflosigkeit kam wieder in ihr Gesicht.

„Ich möchte erwachen!“ murmelte sie und unterdrückte krampfhaft das Schluchzen, das in ihrem Halse aufquoll.

Longinus trat zu Inge. Fast väterlich legte er seine Hand auf ihre Schulter.

„Sie lieben diesen Mann?“ Inge trat den Tränen in die Augen. Antworten konnte sie nicht.

Schließlich stieß sie hervor: „Es ist wie ein Film... unwirklich... unwahr... aber er schmerzt!“

Ganz unwillkürlich legte sie die Hand auf das klopfende Herz. — Longinus lächelte:

„Ja, ein amerikanischer Film. Aber er hat ein Happy end.“

„Wenn man ein Ende Strang ein „glückliches Ende“ nennen will...!“ höhnte Inspektor Raffla.

Die Tränen schossen aus Inges Augen. Vestmanns Gesicht blieb steinern und unbeweglich bei diesen Worten, die brutal und roh herausgestoßen waren.

„Sie sind ein roher Patron!“ sagte Longinus und sah Raffla hart und kalt an.

Raffla hielt den Blick nicht aus und sah zu Boden. Er knurrte irgendeinen Fluch.

„Raffla, nehmen Sie dem Mann die Fesseln ab!“ sagte Longinus.

Raffla fuhr zusammen, als habe ihn ein Peitschenhieb getroffen.

„Niemals!“ schrie er heifer.

„Sofort.“ Raffla explodierte: „Weiß der Teufel, Kommissar, welche eigenartige Rolle Sie in dieser Sache spielen. Ich glaube, daß Ihnen diese Rolle einen Kommissarsposten kosten wird...!“

Longinus weiße Zähne blühten auf. Er lachte ein leises spöttisches Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialistischer Jugendverband für die deutschen Gebiete der C. S. R.

Am Sonntag, den 16. März 1930, um 9 Uhr vormittags, findet in Komotau eine große

Sozialpolitische Tagung

statt, zu der alle Gruppen- und Kreisleitungen möglichst delegieren sollen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Der Entwurf für das neue Jugendstrafgesetz. Redner Genosse Dr. Wiener, Prag.
 2. Unser Kampf um den Jugendschutz. Redner Gen. Ernst Paul, Prag.
- Der Tagung kommt in der jetzigen Zeit eine sehr große Bedeutung zu und es werden auch wichtige Beschlüsse gefaßt.
- Alle Teilnehmer mögen pünktlich erscheinen und sich mit Mandaten und Mitgliedskarten ausweisen.
- Karl Kern, Verbandsobmann.
Jokaj Materna, Rudolf Geißler, Verbandskassier, Verbandssekretär.

völlig stöcken. Er sucht die Schuld daran ausschließlich Deutschland zuzuschreiben, das mit Rücksicht auf seine verschärfte Landwirtschaftskrisis nicht in der Lage sei, die Verhandlungen weiterzuführen.

In der anschließenden Debatte vertritt Genosse Pohl

darauf, daß die Schuld an der Verzögerung der Vertragsverhandlungen nicht ausschließlich auf deutscher Seite liegen könne, denn der deutsch-polnische Vertrag sei schon viel weiter, obgleich doch Deutschland da dieselben Schwierigkeiten machen müßte wie angeblich und gegenüber. Richtig sei, daß eben von unserer Seite Hindernisse vorliegen, die nicht zuletzt in der agrarischen Begehrlichkeit auf handelspolitischem Gebiet beruhen. Wenn darüber gefaßt werde, daß unsere Handelsbilanz gegenüber Deutschland schwer passiv sei, so dürfe man sich nicht darüber wundern. Wenn ein Staat berat mit Reparationen belastet sei wie Deutschland, dann müsse er selbstredend alles aufbieten um in der Handelsbilanz seinen Nachbarn gegenüber hoch aktiv zu sein, weil er sonst überhaupt nicht existieren könnte. Das sei eben die Rehrseite der Reparationen, an denen doch auch die Tschechoslowakei nicht ganz unbeteiligt sei.

Der Referent Gen. Dr. Winter erklärt in einem Schlußwort, daß aus dem Gegensatz zwischen den verschiedenen Produktionszweigen bei uns die traurige Tatsache hervorgehe, daß wir nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit einer Reihe anderer Staaten keine definitiven Handelsverträge haben. Es gäbe bei uns niemanden, der präzisieren könnte, wie eigentlich unser Standpunkt aussieht.

Der Schluß der Sitzung war mit Verträgen über die Regelung der alten Kronensfordernng gegenüber Ungarn und mit dem Vertrag zwischen den Nachfolgestaaten über die Regelung der Pensionen gewisser autonomer Angestellter ausgefüllt.

Ankündigung einer Immunitätspraxis.

In der gestrigen Senatsitzung hat der Senator Dr. Milota (Mitglied des tschechischen nationalsozialistischen Klubs, früher Mitglied der Stranfsky-Partei) als Referent über eine Immunitätsangelegenheit des kommunistischen Senators Mikulisek gegen eine von diesem Senator in der letzten Sitzung vorgebrachte Beschwerde über die Immunitätspraxis zu polemisieren für notwendig gefunden, obwohl er sich als Berichterstatter darauf zu beschränken gehabt hätte, den vom Immunitätsausschuß ihm aufgetragenen Bericht über den auf der Tagesordnung stehenden Fall vorzutragen. War dies schon erstaunlich, so waren es die Argumente, mit denen er die Polemik bestritt, um so mehr. Dem ausgegebenen Bericht zufolge hat der Berichterstatter

... ausgeführt, daß je schwerer die Straftat ist, um so größer sei das Interesse des Senates an der Durchführung des Strafverfahrens, während andererseits der Immunitätsausschuß den beschuldigten Senator um so weniger leicht ausliefern, je wichtiger die Tätigkeit des betreffenden Senators für den Senat und für seine eigene Partei ist. Der Immunitätsausschuß werde eher ein Mitglied des Senates schützen, der für den Senat und die eigene Partei arbeite, als einen, der zu den Arbeiten des Senates nichts beitrage und sie sogar zu hindern suche. Das gilt von der kommunistischen Partei, deren Mitglieder nur eine negative Tätigkeit entfalten.

Der Herr Dr. Milota ist ein Neuling im parlamentarischen Leben und man kann ihm daher einiges zugute halten. Jedenfalls muß gegen das von ihm befürwortete System der Klassifikation, das er aus der Schulwelt, aus der er kommt, mitbringt, schärfer Einspruch erhoben werden. Wir glauben nicht, daß er vom Immunitätsausschuß dazu beauftragt wurde, eine solche Praxis, welche die Senatoren in mißliche und weniger nützliche Mitglieder dieser Körperschaft einteilt und darnach bei Anklageerhebungen vorgehen will anzukündigen, vielmehr sind wir überzeugt, daß ein großer Teil der Mitglieder des Immunitätsausschusses gegen die Statuierung von zweierlei Recht in der Immunitätspraxis entschiedenst Verwahrung einlegen würde. Der Herr Professor hat damit also nur seine höchst

private Meinung vorgetragen. Der Immunitätsausschuß als getreuer Beurteiler der Nützlichkeit und des Eifers eines Senators, das würde noch fehlen! Da man es also vorläufig nur mit einer Privatmeinung zu tun hat, lohnt es sich nicht, ausführlich gegen sie zu polemisieren, aber

wenn der Herr Senator Milota glaubt, es könnte unter der gegenwärtigen Regierung möglich sein, die kommunistischen Senatoren, weil sie ihm auf die Nerven fallen, eine Art Ausnahmestellung einzuführen, so sei ihm gesagt, er möge sich solcher Einbildungen rasch entäußern.

Das Budget angenommen.

Die Opposition angeführt der großen Mehrheit ziemlich resigniert.

Prag, 26. Feber. Im Abgeordnetenhaus wurde heute der Staatsvoranschlag für 1930 mit großer Mehrheit ohne besondere Zwischenfälle genehmigt. Nach Verlesung der 176 oppositionellen Änderungsanträge und der 407 eingebrachten Resolutionen hielt Generalberichterstatter Dr. Hnidel ein dreiviertelstündiges Schlußwort.

Dann ging das Haus nach kurzer Pause in die Abstimmung ein, die bis auf ganz vereinzelte Zwischenrufe in aller Ruhe verlief. Von der gereizten Stimmung, in der frühere Budgetabstimmungen zu verlaufen pflegten, war diesmal nichts zu spüren. Die Opposition war sehr schwach vertreten. Die Ungarn fehlten überhaupt, von den Slowakisch-Mexikalern waren gerade nur zwei Beobachtungsposten da. Von den 30 Kommunisten war nur ein Knappes Duzend im Saal anwesend. Bei drei Budgetposten hatten die Kommunisten auf Stimmentauszahlung bestanden. Es ergab sich dabei immer ein Stimmenverhältnis von 12—13 gegenüber 173—186 Stimmen.

Dieses Verhältnis nahm auch den Kommunisten anscheinend jeden Mut, bei der Abstimmung irgendwie große Enttäuschungen zu zeigen. Die meisten der Änderungsanträge stammten von dem Ex-Minister Mahr-Harting, dem es jedoch oft selbst nicht dafür stand, seine Hand sichtbar zu erheben. Außer seinen engsten Parteigenossen fand er nur bei den Deutschnationalen und Nationalsozialisten Anhang; die Kommunisten blieben mit ihren Anträgen ganz isoliert. Auch die Deutschnationalen und National-

sozialisten schickten sich in die Tatsache, daß die Opposition in verschwindender Minderheit war, mit einer gewissen humorvollen Resignation.

Die eigentliche Abstimmung nahm drei Viertelstunden in Anspruch, und war um halb 3 Uhr nachmittags beendet. Die Änderungsanträge der Opposition wurden sämtlich abgelehnt, die Resolutionen, wie im Vorjahr, der Regierung zugewiesen, was einige Proteste auslöste.

Nachher nahm das Haus noch die Vorlage über die 20-Millionen-Widmung anlässlich des 80. Geburtstages des Präsidenten an. Dabei suchte ein Kommunist aus der gestrigen Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Kopecky anlässlich einer Versammlung in Holeschowitz Kapital zu schlagen. Kopecky war jedoch inzwischen bereits freigelassen worden und wohnte der Sitzung bei.

Der Referent Fatajdl wandte sich im Schlußwort gegen den demonstrativen Antrag der Kommunisten, die 20 Millionen für Arbeitslosenzwecke zu verwenden, verurteilte ihre persönlichen Angriffe auf den Präsidenten und erklärte ihr Verhalten zeuge nicht von einer Krise des Kommunismus, sondern von seiner völligen Degenerierung. (Schwache Zustimmung.)

Sodann wurde die Vorlage in beiden Lesungen angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch, den 5. März, drei Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung handelspolitische Zusatzprotokolle mit Frankreich und Deutschland.

Die niedrigen Löhne in der tschechoslowakischen Leinenindustrie.

Anfrage im englischen Unterhaus.

London, 26. Feber. (Reuter.) Im Unterhaus richtete ein Abgeordneter an den Handelsminister Graham die Anfrage, ob er beachtet habe, daß die in der Flachindustrie der Tschechoslowakei gezahlten Löhne ungefähr 40 Prozent der in Großbritannien gezahlten Löhne betragen und ob der Handelsminister Schritte unternehmen wolle, um die Beschäftigung der britischen Arbeiter gegen diese Konkurrenz zu sichern. Minister Graham erwiderte, daß die Informationen, die er über die in der Flachindustrie der Tschechoslowakei gezahlten Löhne habe, zu einem genauen Vergleich der Löhne in beiden Ländern nicht genügen, daß er aber die Beobachtung gemacht habe, daß die Löhne in der Tschechoslowakei im ganzen erheblich niedriger sind als in England. Was den letzten Teil der Anfrage betreffe, erklärte der Minister Graham, daß er den früheren Erklärungen betreffend die Regierungspolitik nichts hinzuzufügen habe.

Genf und Prag.

Die internationale Zollkonferenz in Genf und die Verhandlungen über die Agrarkrise in Prag.

Wie die „Lidova Noviny“ berichten, hat im Abgeordnetenhaus eine Nachricht von der Genfer Zollkonferenz lebhaftes Aufsehen erregt, weil dadurch die Verhandlungen über die Agrarkrise und die Zollwünsche der Agrarier beeinflusst werden. In Genf soll nämlich beschlossen werden, daß die Staaten, welche den Zollwaffenstillstand abschließen wollen, nur die Zölle aufrecht erhalten dürfen, welche bereits am 1. Oktober 1929 in Geltung gewesen sind. Allerdings sollen dabei gewisse Vorbehalte gemacht werden, ob aber unter diese Vorbehalte allgemein alle Zölle auf landwirtschaftliche Artikel fallen werden, ist fraglich. Die tschechoslowakischen Vertreter in Genf sollen nun um Instruktion bezüglich ihres weiteren Verhaltens erucht haben und der wirtschaftliche Ministerrat soll sich bereits mit dieser Angelegenheit befassen. Unter dem Eindruck der Nachrichten soll übrigens wieder der Plan eines Getreidemonopols, von dem die Agrarier in letzter Zeit abgerückt sind, aktueller geworden sein.

Dasselbe Blatt meldet auch, daß in der Zentrale der Handelskammern in Prag über die ge-

planten Vorlagen betreffend die Beschaffenheit des Mehles, aus dem Brot gebacken werden kann, und betreffend der Verpflichtung der öffentlichen Anstalten, nur heimische Produkte zu verwenden, Beratungen stattgefunden haben und auf verschiedene Schwierigkeiten, die sich ergeben können, hingewiesen worden sind. Die Bäder haben darauf aufmerksam gemacht, daß das Brot nicht gemischt werde, sondern schon heute nur aus Weizenmehl gemacht werde und daß man das Weizenmehl erst in den bereits eingemachten Teig gebe. Die Müller wieder erwähnten, daß gewisse Schwierigkeiten aufzutauchen werden wegen des Verbrauches von Weizenhintermehlen, welche heute mit zum Brodbaden verwendet werden, was aber dann entfallen würde. Außerdem müßten gewisse Uebergangsbestimmungen getroffen werden, weil sich bei den Bäckern große Mehlvorräte befinden.

Was die Verwendung inländischer Produkte in den öffentlichen Anstalten betrifft, könnten daraus handelspolitische Schwierigkeiten entstehen. Man müsse auch gewisse Ausnahmen machen, weil die Tschechoslowakei gewisse Nahrungsmittel, die in dem Entwurf aufgezählt sind, nicht in genügendem Maße besitzt. So ist es vor allem bei Fleisch. Es sei oft auch schwer zu entscheiden, wann ein Produkt heimischen Ursprungs sei. So vor allem bei Selbwaren, die aus ausländischem Fleisch erzeugt werden, das im Inland verarbeitet wird. Die Behauptung des Landwirtschaftsministeriums, daß im Inland genügend Vieh vorhanden sei, sei falsch. Dasselbe gilt von Fett.

Das Kuratorium für die Journalistenversicherung

hielt Dienstag unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Dr. Rudolf Hotovek, des Vorsitzenden des Kuratoriums, seine erste Sitzung ab. Nach dem Referate Prof. Dr. Schönbaums und nach Ausführungen des Vertreters des Ministeriums für soziale Fürsorge, des Ministerialrates Dr. Welel, wurde die vorgeschlagene Geschäftsordnung des Kuratoriums genehmigt. Zu Stellvertretern des Vorsitzenden wurden für die Journalisten Redakteur Dyma und für die Verleger Direktor Venes gewählt. Prof. Dr. Schönbaum schilderte den Stand der Journalistenversicherung. Er konstatierte, daß vom 1. April d. J. an die Journalistenversicherung für die ganze Republik in der Amtsstelle A der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag konzentriert sein werde. Das Kuratorium beschloß, Maßnahmen zu treffen, daß die Journalisten-



Für jede Speise,

sei es zum Kochen, Backen oder Braten, eignen sich die unüberflossene Milchmargarine Visan und das gehaltvolle Speisefett Ceres. Aus edelsten Rohstoffen hergestellt, sind beide billig und bekömmlich.



versicherung schon in naher Zukunft ihre Mission erfüllen könne.

Der Landesausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung unter anderem bewilligt: Eine Melioration für die Gemeinde Heilbrunn (Bezirk Kapitz) im Betrage von 2080 K, eine Regulierung für Zvidau 17.500, Reichenau Melioration 152.591 K, Dobern, Bezirk Teischen Gemeindeflächenregulierung 142.500 K, Gleisbachregulierung Böhm.-Leipa 11.430 K, Dorosjedl, Bezirk Poberam 61.100 K, Markhausen, Bezirk Grasslitz zweite Rate 69.000 K, Warnsdorf erste Rate Melioration 10.000 K, Luparegulierung dritte Rate 74.500 K, Hainzspach Regulierung 18.200 Kronen, Dörnndorf, Bezirk Prehnitz 83.592 K, Pichelberg, Falkenau erste Rate Melioration 6000 K. Aus dem Ausgleichsfonds wurden zugewiesen der Gemeinde Ober-Mardorf (Gabelung) 12.233 K, Bodenbach 937.845 K, Haselbach bei Falkenau 6611 K, Habersbirt bei Falkenau 376.439 K und Stadt Falkenau 1.957.249 K.

Dhrseigen im Sejm.

Warschau, 26. Feber. Im Heeresauschuß des Sejm kam es heute zu erregten Szenen. Der Abgeordnete des Regierungsblochs, Professor Kozlovski, warf dem früheren Sejm- und Senatsmarschall, ehemaligen Mitglied des deutschen Reichstages und nationaldemokratischen Sejmabgeordneten von Trampczynski vor, daß er von dem früheren deutschen Kaiser für Sakaidienste seinerzeit eine Anerkennung erhalten habe. Abg. Lazarski (Regierungsbloch) rief hierauf Trampczynski zu, daß er, der früher die Deutschen unerküßt hätte, sich jetzt mit der Toga der platonischen Untertänigkeit befreie. Der nationaldemokratische Abg. Dombrowski nannte hierauf Lazarski einen Dummkopf. Der so Beschimpfte sprang vom Platz auf und verlegte Dombrowski, indem er Trampczynski zurückstieß, zwei Dhrseigen. Die Sitzung wurde nach diesem Zwischenfall unter ungeheurem Lärm im Erbrochen.

Wie das Abendblatt des Regierungsblochs „Przeglad Wiczyorny“ behauptet, soll Trampczynski erklärt haben, daß er mit dem Revolver geantwortet hätte, wenn er geohrseigt worden wäre.

Wieder drei Todesurteile in Rußland

Riga, 26. Feber. (Eig. Drahtb.) In Odessa wurden am Dienstag drei Techniker wegen angeblicher Sabotage bei dem Aufbau der Kollektivwirtschaften zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde ausgesprochen, um den staatlichen Beamten „ein abschreckendes Beispiel“ zu geben.

Bergeffnet nicht bei Veranstaltungen

Losse der Arbeiterfürsorge abzugeben!

Aufstand in der Dominikanischen Republik.

Die Hauptstadt und viele Provinzen in den Händen der Aufständischen.

San Domingo, 26. Feber. Die Aufständischen sind Herren sämtlicher Provinzen im Norden und im mittleren Teile der Republik sowie der nach der Hauptstadt führenden Straßen. Einigen Meldungen zufolge kam es bereits zum ersten Scharmüßel, bei welchem drei Mann getötet und sechs verwundet wurden.

Affiliated Press meldet, daß der Aufstand seinen revolutionären Charakter hat. Die Aufständischen erklärten, ihr Ziel sei, die freie

Wahl des Präsidenten der Republik zu sichern.

Santo Domingo, 26. Feber. (Affiliated Press.) Die Aufständischen sind heute Vormittag in die Stadt eingezogen und haben die öffentlichen Gebäude und die Zitadelle besetzt. Die Einnahme der Stadt erfolgte ohne jedes Blutvergießen. Der Präsident und der Vizepräsident der Republik haben sich, wie gerüchtweise verlautet, in die amerikanische Gesandtschaft geflüchtet.

Tagesneuigkeiten.

Einsturz eines Neubaus in Predlitz.

Zwei Schwerverletzte.

Dienstag abends stürzte die Zitrnmauer des Aufbaues beim Hause des Friseurs Max Reith in Predlitz bei Auffig ein. Die Maurerzimmer durchschlugen die Decke und mehrere Stühle fielen in das im Erdgeschoß liegende Friseurgeschäft. Auf dem Bau waren der Vater und der Bruder des Geschäftsinhabers und der Maurer Josef Kidel beschäftigt; die beiden Reith wurden von den zusammenstürzenden Massen mitgerissen und von den Trümmern so erheblich verletzt, daß sie mittels Sanitätsauto ins Bezirkskrankenhaus überführt werden mußten. Eine Frau, welche sich im Geschäft friseurisch erlitt einen Nervenschlag. Glücklicherweise waren keine weiteren Kunden im Friseurgeschäft anwesend, sonst hätte das Unglück noch größer sein müssen.

Der Baueinsturz ist auf eine Sorglosigkeit zurückzuführen, die man bei Bauten sehr häufig konstatieren kann. Der unter Aufsicht des Maurermeisters Wichtel aus Garth durchgeführte Bau wurde von der Baubehörde als zweistöckiges Wohngebäude bewilligt; Reith ließ es vor allem für Geschäftszwecke ebenerdig ausbauen und nunmehr den Aufbau der beiden Stockwerke durchführen. Um den Bau rasch in die Höhe zu bringen, wurde schon seit Wochen bei Kälte und bis spät in die Nacht bei Karbidbeleuchtung gearbeitet. Bei dieser Arbeit hat vor allem

die notwendige Aufsicht gefehlt

und so kam es schließlich zur Katastrophe, die nunmehr dem Herrn Reith großen Schaden verursacht. Neben den verletzten Personen wurden nämlich auch eine Reihe Möbelschätze sowie beide Auslagefenster samt den Fensterrahmen zertrümmert.

Eine am Mittwoch vormittags durch das Gemeindefamilienvorstandskommissionelle Begehren sowie eine zur selben Zeit unter Leitung des Bezirksrichters Dietrich durchgeführte Gerichtskommission konstatierte, daß der Bau nicht unter Anwendung der unbedingt notwendigen Vorsichtsmaßnahmen und bauherrenpflichtigen Bestimmungen ausgeführt wurde. Der Bau ist vorläufig eingestellt; bei Fortsetzung desselben wird wohl dafür gesorgt sein, daß der Baumeister den Weisungen der Baubehörden streng Rechnung trägt und ein weiteres Unglück nicht mehr passiert.

Zodessturz eines Bergführers und einer Touristin.

Jermatt, 26. Febr. Der bekannte schweizerische Bergführer Hermann Berren, der nicht weniger als 110 Mal das Matterhorn bestiegen hat, unternahm am Montag mit einer Dame aus Luzern eine Besteigung des Breithorn. Beim Abstieg löste sich eine Gesteinsmasse los und beide stürzten in den Abgrund. Andere Kolonnen, die den Sturz bemerkten, versuchten sie zu retten, ihre Seile waren jedoch zu kurz. Eine von Jermatt aus unternommene Rettungsexpedition konnte gestern beide Leichen bergen. Berren, der 68 Jahre alt war, war bereits vor einigen Jahren ebenfalls am Breithorn abgestürzt. Damals mußte er eineinhalb Tage in einer Gletscherspalte neben der Leiche seines Begleiters ausharren, bis er gerettet wurde.

50 Jahre Gotthardtunnel.

Ein halbes Jahrhundert ist seit dem erfolgreichen Durchschlag des Gotthardtunnels vergangen. Am 28. Febr. 1880 trafen sich die Bohrer von der Nord- und Südseite und am 29. Febr. fiel die letzte Scheidewand des Gebirges. Am 2. März fuhr der erste Zug mit offiziellen Gästen durch den großen Tunnel zur Feier in Airolo. Der führende Unternehmer des gewaltigen Bauwerkes, Louis Favre, erlebte den Ehrentag nicht. Er war bei einem Inspektionsgange im Tunnel am 19. Juli 1879 einem Schlaganfall erlegen. Nicht ganz sieben Jahre und fünf Monate Bauzeit hatte man zum Durchschlag des Nichtstollens gebraucht und neun Jahre und drei Monate bis zur Vollendung des Tunnels, dessen Betriebsübergabe Ende Dezember 1881 erfolgte. Die Baukosten beliefen sich auf rund 60 Millionen Franken. Im Jahre 1908 wurde die Gotthardlinie verstaatlicht. Eine weitere wichtige Etappe in der Entwicklung bildete die Elektrifizierung. Im Jahre 1883 betrug die Zahl der am Gotthard geleisteten Achskilometer 63,3 Millionen, heute sind es 215 Millionen. Maximale Tagesleistung im Güterverkehr waren beim Dampfbetrieb 11.000 Tonnen, jetzt schleppen die elektrischen Maschinen 23.000 Tonnen. Der Zufall will es, daß die fünfzigste Jahrestag des Durchschlages des Gotthardtunnels fast auf den Tag genau mit dem 25. Jahrestag des Bestehens des Simplontunnels zusammenfällt.

Zodesopfer in Schacht und Fabrik.

Pottsville (Pensylvanien), 26. Febr. (Reuters). Auf einer kleinen 1600 Meter tiefen Kohlengrube kam es zu einer großen Explosion. Man glaubt, daß hierbei vier Bergarbeiter getötet und drei schwerverletzt wurden.

Zhannenburg, 26. Febr. In einer Dynamitfabrik in Modderfontein ereignete

sich gestern eine Explosion, durch die vier Eingeborene und ein Europäer getötet wurden.

„Der Vater des 1. Mai“ gestorben. In Bordeaux ist im Alter von 79 Jahren der ehemalige sozialistische Führer Lavigne gestorben. Er hatte den Beinamen „Vater des ersten Mai“, weil er auf dem Internationalen Sozialistenkongress von 1889 den Antrag auf Einführung eines allgemeinen Arbeiterfeiertags, der am 1. Mai in der ganzen Welt gefeiert werden sollte, gestellt hat.

Vanditentamp in Krankenzimmer. Drei Chicagoer Verbrecher drangen nachts über die Feuerleiter ins Deutsche Diakonissenheim von Chicago ein und stürmten in das Zimmer, in dem ein anderes Mitglied der Chicagoer Unterwelt, Frank Meerslane, krank im Bett lag. Die Vanditen gaben auf Meerslane, mit dem sie verfeindet sind, mehrere Schüsse ab. Der Angegriffene, der in Erwartung eines Heberalles einen geladenen Revolver unter dem Kopfkissen bereit gehalten hatte, erwiderte das Feuer. Schließlich wurde der Kranke im Bett von mehreren Kugeln getroffen. Als Ärzte und Schwestern ins Zimmer kamen, fand man Meerslane bewußtlos auf. Mit vorgehaltenem Revolver zogen sich die Vanditen zurück. Unter den Kranken, die die Schießerei gehört hatten, entstand eine furchtbare Panik.

Ein mordlustiges Dorf. Die durch die Folgen der völligen Mißernten der letzten drei Jahre gänzlich verarmte Einwohnerschaft des türkischen Dorfes Libasti bei Ordu beschloß, sich auf eine noch nicht dagewesene Art und Weise zu „sanieren“. In ganz Anatolien ziehen seit Jahrhunderten zahlreiche fliegende Händler herum, die auf Wagen und Eseln alle möglichen Waren und oft auch viel Geld mit sich führen. Das Dorf lud nun eine Reihe solcher Händler systematisch zu einem Besuche ein, ludte die Leute in einen Hinterhalt und ermordete sie dann. Der Raub wurde unter die Einwohnerschaft verteilt. Die letzte Mordtat begingen die Leute an zwei armen Hausierern, die sie für reich gehalten hatten; sie schlugen den Leuten mit Äxten die Köpfe ab und die Glieder vom Leibe, enthaupteten auch die Esel der Ermordeten und warfen Leichen und Kadaver in einen Quell an einer einsamen Stelle des Waldes von Libasti. Die Ermordeten hatten aber, wie sich bei der Verteilung der Beute zeigte, nur 500 Kronen bei sich. Nun gerieten die geldhungrigen Mörder untereinander über die Aufteilung des Geldes in einen Streit. Einer von ihnen, der sich überfordert glaubte, machte der Gendarmerie eine anonyme Anzeige; die Gendarmerie erschien in Libasti und hat nach kurzer Zeit zahlreiche der von der Dorfbevölkerung begangenen Verbrechen aufgedeckt. Die meisten der Einwohner des Dorfes wurden verhaftet und nach dem Hauptort des Vilajets Ordu abgeführt.

Ein Klub der Selbstmörder. Bei der Lodzer Polizeibehörde meldete sich vor einigen Tagen ein alter Herr, der um die Erlaubnis für die Gründung eines Selbstmörderklubs bat. In seinem äußerst sorgfältig ausgearbeiteten Projekt legte er die genauen Statuten und die Tendenzen des Klubs vor. Er beabsichtigte, aus eigenen Mitteln ein entsprechendes Lokal mit den humansten und modernsten Tötungsmitteln zur Verfügung stellen zu lassen. Das Selbstmörderproblem — so erklärte er — erfordere eine Reformierung, denn oft nehmen sich die Selbstmörder mit schrecklichen Mitteln das Leben, wobei sie langwierigen Qualen ausgesetzt oder schließlich auch gezwungen sind, ins verhaftete Leben zurückzukehren. Die Mittel, deren sich die Selbstmörder gegen geringes Entgelt im Klub bedienen könnten, würden mit absoluter Sicherheit zum Ziele führen und einen leichten Tod bewirken. Jeder Selbstmörder müsse jedoch bei

„Wenn ich Präsident der Republik wäre . . .“

In einem der vornehmsten Stadtteile von Paris, im Coile-Viertel, umweht des Triumphbogens mit dem Grabmal des unbekanntem Soldaten, liegt eine friedliche Straße, die Rue Caprouse, in deren Nummer 1 sich eine große Obsthandlung befindet. Es ist ein spanisches Geschäft; „Fruitas Cortes“ liest man auf den Schaufenstern, hinter denen Wein, Orangen, Datteln, Feigen und andere appetitliche Leckerbissen ausgestellt sind. Es ist nichts Besonderes an dieser Obsthandlung, wenigstens heute nicht mehr. Jeden Morgen kommen die Mädchen aus den umliegenden Häusern und kaufen hier ihr Gemüse und den Nachtisch für die herrschaftliche Küche ein. Der Geschäftsinhaber, ein schwarzhaariger junger Mann, bediente bis vor kurzem seine Kundinnen selber. Er hatte stets das gleiche liebenswürdige Lächeln auf den Lippen, und die Mädchen wußten, wenn der Senor Cortes gut gelaunt war, er es mit dem Gewicht nicht so genau nahm. Ja, Senor Cortes war ein beliebter Herr in der ganzen Gegend. Er spielte eine gewichtige Rolle im Haushalt und manchmal wohl auch im Herzen jeder Köchin. Aber wohl keine seiner hübschen Kundinnen ahnte, welche große Bedeutung diesem freundlichen jungen Manne sonst noch zukam.

Eines Tages im September 1924 bemerkten die Köchinnen und Hausmädchen bei ihrem Ein- auf in der Tür des Geschäftes einen graubärtigen, hochgewachsenen alten Herrn, der immer

Inanspruchnahme der „Dienstleistungen“ des Klubs seinen ganzen Nachlaß der Institution verschrieb. — Die Lodzer Polizeibehörden fanden für die Idee dieses Unternehmens jedoch kein Verständnis und verweigerten die Lizenz.

Brandstiftung im Erwerbslosenbüro. Aus Berlin wird gemeldet: Durch einen Brand ist Mittwoch morgens das in eine große Holzbaracke untergebrachte Erwerbslosenbüro des Bezirksamtes Reutkölln in der Thomasstraße erheblich geschädigt worden. Mehr als 20.000 Karteistücken für Frauen wurden vernichtet. Das Feuer ist nach den bisherigen Feststellungen vorfänglich angelegt worden. Die Täter konnten aber noch nicht ermittelt werden. Die Kriminalpolizei hat eine Untersuchung eingeleitet, da man vermutet, daß der Brand von radikalen Elementen angelegt worden ist. Man wollte anscheinend durch die Zerstörung der Akten und Unterlagen Schwierigkeiten der Abfertigung hervorrufen, um dadurch unter den Erwerbslosen Unruhe hervorzurufen.

Sechs Weltrekorde auf einmal. Der italienische Flieger Antonini erreichte auf einem 6000 HP-Flugzeug mit 10 Tonnen Belastung die Höhe von 3201 Metern. In dieser Höhe verblieb er eine Stunde, 31 Minuten 39 Sekunden, womit er sechs neue Weltrekorde erzielte.

Heuschreckenplage in Palästina. In verschiedenen Stellen Palästinas, insbesondere in der Gegend von Betseba, sind große Mengen von Wanderheuschrecken aufgetreten, die große Schäden verursachen.

Preußen plant eine Benzinsteuern. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge soll die Erhebung einer Benzinsteuern geplant sein. Gerüchweise werde von einem Betrage von sechs Pfennig pro Liter gesprochen.

Ausweispflicht in den deutschen Jugendberbergen der Tschechoslowakei. Der Verband für deutsche Jugendberbergen der Tschechoslowakei Abmachungen getroffen, wonach wie in den Jugendberbergen Deutschlands überall Ausweispflicht eingeführt wird. Von nun an wird also jeder Jugendwanderer, jede wandernde Jugendgruppe oder Schulklassen, die in den Jugendberbergen nächtigen wollen, mit einem entsprechenden Ausweise des Jugendberbergverbandes versehen sein müssen. Der jugendliche Einzelwanderer bis zum 20. Lebensjahre löst einen Bleibenausweis (BA) zu 1 K, der für das ganze Jahr gilt und zur Rückführung in allen Jugendberbergen auch in Oesterreich und Deutschland berechtigt. Jugendgruppen und Schulklassen erhalten Führerausweise (FA) zu 1 K, wenn ihr Verein, bzw. ihre Schule körperschaftliches Mitglied des Verbandes mit einem Jahresbeitrag von 20 K wird. Die Zahl der Wandergruppen, bzw. Schulklassen ist dann beliebig, nur muß der Führer (über 16 Jahre alt) einen FA besitzen. Unter besonderen Bedingungen kann auch jedes erwachsene Mitglied des Verbandes (Mitgliedskarte zu 10 K) in den Jugendberbergen übernachten. FA und BA bieten die gleichen Begünstigungen, die bei BA angeführt wurden. Ueber die näheren Ausweispflichten und Ausgabebestellen der Ausweise unterrichtet eingehend ein Merkblatt, das von der Kanzlei des Verbandes für Deutsche Jugendberbergen in Auffig, Kulmerstraße, kostenlos bezogen werden kann.

Zwei Wanderfahrten der Mittelschuljugend beiderlei Geschlechtes. Der Verband für Deutsche Jugendberbergen verbandte vor einiger Zeit an die Direktoren aller deutschen Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten des Staatsgebietes ein Rundschreiben, worin er zwei Ferienfahrten ankündigte und um Teilnahme warb. Beide Wanderungen sind für zehn Tage und zwei Reisetage geplant. Eine wird in das romantische Thüringen, die zweite nach dem sagenumwobenen Schwarzwaldbau und an den Rhein führen. Die Gesamtkosten der zwölftägigen Reise betragen für die volle Ver-

Vom Rundfunk.

Freitag.

Frage, 487, 11: Sprechsaal. 13: Schallplatten. 13, 14 und 15, 16: Berlin. 16, 17: Konzert. 17, 18: Deutsche Erziehung. 18, 19: Berlin. 19, 20: Berliner Rundfunk. 20, 21: Berliner Rundfunk. 21, 22: Berliner Rundfunk. 22, 23: Berliner Rundfunk. 23, 24: Berliner Rundfunk. 24, 25: Berliner Rundfunk. 25, 26: Berliner Rundfunk. 26, 27: Berliner Rundfunk. 27, 28: Berliner Rundfunk. 28, 29: Berliner Rundfunk. 29, 30: Berliner Rundfunk. 30, 31: Berliner Rundfunk. 31, 32: Berliner Rundfunk. 32, 33: Berliner Rundfunk. 33, 34: Berliner Rundfunk. 34, 35: Berliner Rundfunk. 35, 36: Berliner Rundfunk. 36, 37: Berliner Rundfunk. 37, 38: Berliner Rundfunk. 38, 39: Berliner Rundfunk. 39, 40: Berliner Rundfunk. 40, 41: Berliner Rundfunk. 41, 42: Berliner Rundfunk. 42, 43: Berliner Rundfunk. 43, 44: Berliner Rundfunk. 44, 45: Berliner Rundfunk. 45, 46: Berliner Rundfunk. 46, 47: Berliner Rundfunk. 47, 48: Berliner Rundfunk. 48, 49: Berliner Rundfunk. 49, 50: Berliner Rundfunk. 50, 51: Berliner Rundfunk. 51, 52: Berliner Rundfunk. 52, 53: Berliner Rundfunk. 53, 54: Berliner Rundfunk. 54, 55: Berliner Rundfunk. 55, 56: Berliner Rundfunk. 56, 57: Berliner Rundfunk. 57, 58: Berliner Rundfunk. 58, 59: Berliner Rundfunk. 59, 60: Berliner Rundfunk. 60, 61: Berliner Rundfunk. 61, 62: Berliner Rundfunk. 62, 63: Berliner Rundfunk. 63, 64: Berliner Rundfunk. 64, 65: Berliner Rundfunk. 65, 66: Berliner Rundfunk. 66, 67: Berliner Rundfunk. 67, 68: Berliner Rundfunk. 68, 69: Berliner Rundfunk. 69, 70: Berliner Rundfunk. 70, 71: Berliner Rundfunk. 71, 72: Berliner Rundfunk. 72, 73: Berliner Rundfunk. 73, 74: Berliner Rundfunk. 74, 75: Berliner Rundfunk. 75, 76: Berliner Rundfunk. 76, 77: Berliner Rundfunk. 77, 78: Berliner Rundfunk. 78, 79: Berliner Rundfunk. 79, 80: Berliner Rundfunk. 80, 81: Berliner Rundfunk. 81, 82: Berliner Rundfunk. 82, 83: Berliner Rundfunk. 83, 84: Berliner Rundfunk. 84, 85: Berliner Rundfunk. 85, 86: Berliner Rundfunk. 86, 87: Berliner Rundfunk. 87, 88: Berliner Rundfunk. 88, 89: Berliner Rundfunk. 89, 90: Berliner Rundfunk. 90, 91: Berliner Rundfunk. 91, 92: Berliner Rundfunk. 92, 93: Berliner Rundfunk. 93, 94: Berliner Rundfunk. 94, 95: Berliner Rundfunk. 95, 96: Berliner Rundfunk. 96, 97: Berliner Rundfunk. 97, 98: Berliner Rundfunk. 98, 99: Berliner Rundfunk. 99, 100: Berliner Rundfunk. 100, 101: Berliner Rundfunk. 101, 102: Berliner Rundfunk. 102, 103: Berliner Rundfunk. 103, 104: Berliner Rundfunk. 104, 105: Berliner Rundfunk. 105, 106: Berliner Rundfunk. 106, 107: Berliner Rundfunk. 107, 108: Berliner Rundfunk. 108, 109: Berliner Rundfunk. 109, 110: Berliner Rundfunk. 110, 111: Berliner Rundfunk. 111, 112: Berliner Rundfunk. 112, 113: Berliner Rundfunk. 113, 114: Berliner Rundfunk. 114, 115: Berliner Rundfunk. 115, 116: Berliner Rundfunk. 116, 117: Berliner Rundfunk. 117, 118: Berliner Rundfunk. 118, 119: Berliner Rundfunk. 119, 120: Berliner Rundfunk. 120, 121: Berliner Rundfunk. 121, 122: Berliner Rundfunk. 122, 123: Berliner Rundfunk. 123, 124: Berliner Rundfunk. 124, 125: Berliner Rundfunk. 125, 126: Berliner Rundfunk. 126, 127: Berliner Rundfunk. 127, 128: Berliner Rundfunk. 128, 129: Berliner Rundfunk. 129, 130: Berliner Rundfunk. 130, 131: Berliner Rundfunk. 131, 132: Berliner Rundfunk. 132, 133: Berliner Rundfunk. 133, 134: Berliner Rundfunk. 134, 135: Berliner Rundfunk. 135, 136: Berliner Rundfunk. 136, 137: Berliner Rundfunk. 137, 138: Berliner Rundfunk. 138, 139: Berliner Rundfunk. 139, 140: Berliner Rundfunk. 140, 141: Berliner Rundfunk. 141, 142: Berliner Rundfunk. 142, 143: Berliner Rundfunk. 143, 144: Berliner Rundfunk. 144, 145: Berliner Rundfunk. 145, 146: Berliner Rundfunk. 146, 147: Berliner Rundfunk. 147, 148: Berliner Rundfunk. 148, 149: Berliner Rundfunk. 149, 150: Berliner Rundfunk. 150, 151: Berliner Rundfunk. 151, 152: Berliner Rundfunk. 152, 153: Berliner Rundfunk. 153, 154: Berliner Rundfunk. 154, 155: Berliner Rundfunk. 155, 156: Berliner Rundfunk. 156, 157: Berliner Rundfunk. 157, 158: Berliner Rundfunk. 158, 159: Berliner Rundfunk. 159, 160: Berliner Rundfunk. 160, 161: Berliner Rundfunk. 161, 162: Berliner Rundfunk. 162, 163: Berliner Rundfunk. 163, 164: Berliner Rundfunk. 164, 165: Berliner Rundfunk. 165, 166: Berliner Rundfunk. 166, 167: Berliner Rundfunk. 167, 168: Berliner Rundfunk. 168, 169: Berliner Rundfunk. 169, 170: Berliner Rundfunk. 170, 171: Berliner Rundfunk. 171, 172: Berliner Rundfunk. 172, 173: Berliner Rundfunk. 173, 174: Berliner Rundfunk. 174, 175: Berliner Rundfunk. 175, 176: Berliner Rundfunk. 176, 177: Berliner Rundfunk. 177, 178: Berliner Rundfunk. 178, 179: Berliner Rundfunk. 179, 180: Berliner Rundfunk. 180, 181: Berliner Rundfunk. 181, 182: Berliner Rundfunk. 182, 183: Berliner Rundfunk. 183, 184: Berliner Rundfunk. 184, 185: Berliner Rundfunk. 185, 186: Berliner Rundfunk. 186, 187: Berliner Rundfunk. 187, 188: Berliner Rundfunk. 188, 189: Berliner Rundfunk. 189, 190: Berliner Rundfunk. 190, 191: Berliner Rundfunk. 191, 192: Berliner Rundfunk. 192, 193: Berliner Rundfunk. 193, 194: Berliner Rundfunk. 194, 195: Berliner Rundfunk. 195, 196: Berliner Rundfunk. 196, 197: Berliner Rundfunk. 197, 198: Berliner Rundfunk. 198, 199: Berliner Rundfunk. 199, 200: Berliner Rundfunk. 200, 201: Berliner Rundfunk. 201, 202: Berliner Rundfunk. 202, 203: Berliner Rundfunk. 203, 204: Berliner Rundfunk. 204, 205: Berliner Rundfunk. 205, 206: Berliner Rundfunk. 206, 207: Berliner Rundfunk. 207, 208: Berliner Rundfunk. 208, 209: Berliner Rundfunk. 209, 210: Berliner Rundfunk. 210, 211: Berliner Rundfunk. 211, 212: Berliner Rundfunk. 212, 213: Berliner Rundfunk. 213, 214: Berliner Rundfunk. 214, 215: Berliner Rundfunk. 215, 216: Berliner Rundfunk. 216, 217: Berliner Rundfunk. 217, 218: Berliner Rundfunk. 218, 219: Berliner Rundfunk. 219, 220: Berliner Rundfunk. 220, 221: Berliner Rundfunk. 221, 222: Berliner Rundfunk. 222, 223: Berliner Rundfunk. 223, 224: Berliner Rundfunk. 224, 225: Berliner Rundfunk. 225, 226: Berliner Rundfunk. 226, 227: Berliner Rundfunk. 227, 228: Berliner Rundfunk. 228, 229: Berliner Rundfunk. 229, 230: Berliner Rundfunk. 230, 231: Berliner Rundfunk. 231, 232: Berliner Rundfunk. 232, 233: Berliner Rundfunk. 233, 234: Berliner Rundfunk. 234, 235: Berliner Rundfunk. 235, 236: Berliner Rundfunk. 236, 237: Berliner Rundfunk. 237, 238: Berliner Rundfunk. 238, 239: Berliner Rundfunk. 239, 240: Berliner Rundfunk. 240, 241: Berliner Rundfunk. 241, 242: Berliner Rundfunk. 242, 243: Berliner Rundfunk. 243, 244: Berliner Rundfunk. 244, 245: Berliner Rundfunk. 245, 246: Berliner Rundfunk. 246, 247: Berliner Rundfunk. 247, 248: Berliner Rundfunk. 248, 249: Berliner Rundfunk. 249, 250: Berliner Rundfunk. 250, 251: Berliner Rundfunk. 251, 252: Berliner Rundfunk. 252, 253: Berliner Rundfunk. 253, 254: Berliner Rundfunk. 254, 255: Berliner Rundfunk. 255, 256: Berliner Rundfunk. 256, 257: Berliner Rundfunk. 257, 258: Berliner Rundfunk. 258, 259: Berliner Rundfunk. 259, 260: Berliner Rundfunk. 260, 261: Berliner Rundfunk. 261, 262: Berliner Rundfunk. 262, 263: Berliner Rundfunk. 263, 264: Berliner Rundfunk. 264, 265: Berliner Rundfunk. 265, 266: Berliner Rundfunk. 266, 267: Berliner Rundfunk. 267, 268: Berliner Rundfunk. 268, 269: Berliner Rundfunk. 269, 270: Berliner Rundfunk. 270, 271: Berliner Rundfunk. 271, 272: Berliner Rundfunk. 272, 273: Berliner Rundfunk. 273, 274: Berliner Rundfunk. 274, 275: Berliner Rundfunk. 275, 276: Berliner Rundfunk. 276, 277: Berliner Rundfunk. 277, 278: Berliner Rundfunk. 278, 279: Berliner Rundfunk. 279, 280: Berliner Rundfunk. 280, 281: Berliner Rundfunk. 281, 282: Berliner Rundfunk. 282, 283: Berliner Rundfunk. 283, 284: Berliner Rundfunk. 284, 285: Berliner Rundfunk. 285, 286: Berliner Rundfunk. 286, 287: Berliner Rundfunk. 287, 288: Berliner Rundfunk. 288, 289: Berliner Rundfunk. 289, 290: Berliner Rundfunk. 290, 291: Berliner Rundfunk. 291, 292: Berliner Rundfunk. 292, 293: Berliner Rundfunk. 293, 294: Berliner Rundfunk. 294, 295: Berliner Rundfunk. 295, 296: Berliner Rundfunk. 296, 297: Berliner Rundfunk. 297, 298: Berliner Rundfunk. 298, 299: Berliner Rundfunk. 299, 300: Berliner Rundfunk. 300, 301: Berliner Rundfunk. 301, 302: Berliner Rundfunk. 302, 303: Berliner Rundfunk. 303, 304: Berliner Rundfunk. 304, 305: Berliner Rundfunk. 305, 306: Berliner Rundfunk. 306, 307: Berliner Rundfunk. 307, 308: Berliner Rundfunk. 308, 309: Berliner Rundfunk. 309, 310: Berliner Rundfunk. 310, 311: Berliner Rundfunk. 311, 312: Berliner Rundfunk. 312, 313: Berliner Rundfunk. 313, 314: Berliner Rundfunk. 314, 315: Berliner Rundfunk. 315, 316: Berliner Rundfunk. 316, 317: Berliner Rundfunk. 317, 318: Berliner Rundfunk. 318, 319: Berliner Rundfunk. 319, 320: Berliner Rundfunk. 320, 321: Berliner Rundfunk. 321, 322: Berliner Rundfunk. 322, 323: Berliner Rundfunk. 323, 324: Berliner Rundfunk. 324, 325: Berliner Rundfunk. 325, 326: Berliner Rundfunk. 326, 327: Berliner Rundfunk. 327, 328: Berliner Rundfunk. 328, 329: Berliner Rundfunk. 329, 330: Berliner Rundfunk. 330, 331: Berliner Rundfunk. 331, 332: Berliner Rundfunk. 332, 333: Berliner Rundfunk. 333, 334: Berliner Rundfunk. 334, 335: Berliner Rundfunk. 335, 336: Berliner Rundfunk. 336, 337: Berliner Rundfunk. 337, 338: Berliner Rundfunk. 338, 339: Berliner Rundfunk. 339, 340: Berliner Rundfunk. 340, 341: Berliner Rundfunk. 341, 342: Berliner Rundfunk. 342, 343: Berliner Rundfunk. 343, 344: Berliner Rundfunk. 344, 345: Berliner Rundfunk. 345, 346: Berliner Rundfunk. 346, 347: Berliner Rundfunk. 347, 348: Berliner Rundfunk. 348, 349: Berliner Rundfunk. 349, 350: Berliner Rundfunk. 350, 351: Berliner Rundfunk. 351, 352: Berliner Rundfunk. 352, 353: Berliner Rundfunk. 353, 354: Berliner Rundfunk. 354, 355: Berliner Rundfunk. 355, 356: Berliner Rundfunk. 356, 357: Berliner Rundfunk. 357, 358: Berliner Rundfunk. 358, 359: Berliner Rundfunk. 359, 360: Berliner Rundfunk. 360, 361: Berliner Rundfunk. 361, 362: Berliner Rundfunk. 362, 363: Berliner Rundfunk. 363, 364: Berliner Rundfunk. 364, 365: Berliner Rundfunk. 365, 366: Berliner Rundfunk. 366, 367: Berliner Rundfunk. 367, 368: Berliner Rundfunk. 368, 369: Berliner Rundfunk. 369, 370: Berliner Rundfunk. 370, 371: Berliner Rundfunk. 371, 372: Berliner Rundfunk. 372, 373: Berliner Rundfunk. 373, 374: Berliner Rundfunk. 374, 375: Berliner Rundfunk. 375, 376: Berliner Rundfunk. 376, 377: Berliner Rundfunk. 377, 378: Berliner Rundfunk. 378, 379: Berliner Rundfunk. 379, 380: Berliner Rundfunk. 380, 381: Berliner Rundfunk. 381, 382: Berliner Rundfunk. 382, 383: Berliner Rundfunk. 383, 384: Berliner Rundfunk. 384, 385: Berliner Rundfunk. 385, 386: Berliner Rundfunk. 386, 387: Berliner Rundfunk. 387, 388: Berliner Rundfunk. 388, 389: Berliner Rundfunk. 389, 390: Berliner Rundfunk. 390, 391: Berliner Rundfunk. 391, 392: Berliner Rundfunk. 392, 393: Berliner Rundfunk. 393, 394: Berliner Rundfunk. 394, 395: Berliner Rundfunk. 395, 396: Berliner Rundfunk. 396, 397: Berliner Rundfunk. 397, 398: Berliner Rundfunk. 398, 399: Berliner Rundfunk. 399, 400: Berliner Rundfunk. 400, 401: Berliner Rundfunk. 401, 402: Berliner Rundfunk. 402, 403: Berliner Rundfunk. 403, 404: Berliner Rundfunk. 404, 405: Berliner Rundfunk. 405, 406: Berliner Rundfunk. 406, 407: Berliner Rundfunk. 407, 408: Berliner Rundfunk. 408, 409: Berliner Rundfunk. 409, 410: Berliner Rundfunk. 410, 411: Berliner Rundfunk. 411, 412: Berliner Rundfunk. 412, 413: Berliner Rundfunk. 413, 414: Berliner Rundfunk. 414, 415: Berliner Rundfunk. 415, 416: Berliner Rundfunk. 416, 417: Berliner Rundfunk. 417, 418: Berliner Rundfunk. 418, 419: Berliner Rundfunk. 419, 420: Berliner Rundfunk. 420, 421: Berliner Rundfunk. 421, 422: Berliner Rundfunk. 422, 423: Berliner Rundfunk. 423, 424: Berliner Rundfunk. 424, 425: Berliner Rundfunk. 425, 426: Berliner Rundfunk. 426, 427: Berliner Rundfunk. 427, 428: Berliner Rundfunk. 428, 429: Berliner Rundfunk. 429, 430: Berliner Rundfunk. 430, 431: Berliner Rundfunk. 431, 432: Berliner Rundfunk. 432, 433: Berliner Rundfunk. 433, 434: Berliner Rundfunk. 434, 435: Berliner Rundfunk. 435, 436: Berliner Rundfunk. 436, 437: Berliner Rundfunk. 437, 438: Berliner Rundfunk. 438, 439: Berliner Rundfunk. 439, 440: Berliner Rundfunk. 440, 441: Berliner Rundfunk. 441, 442: Berliner Rundfunk. 442, 443: Berliner Rundfunk. 443, 444: Berliner Rundfunk. 444, 445: Berliner Rundfunk. 445, 446: Berliner Rundfunk. 446, 447: Berliner Rundfunk. 447, 448: Berliner Rundfunk. 448, 449: Berliner Rundfunk. 449, 450: Berliner Rundfunk. 450, 451: Berliner Rundfunk. 451, 452: Berliner Rundfunk. 452, 453: Berliner Rundfunk. 453, 454: Berliner Rundfunk. 454, 455: Berliner Rundfunk. 455, 456: Berliner Rundfunk. 456, 457: Berliner Rundfunk. 457, 458: Berliner Rundfunk. 458, 459: Berliner Rundfunk. 459, 460: Berliner Rundfunk. 460, 461: Berliner Rundfunk. 461, 462: Berliner Rundfunk. 462, 463: Berliner Rundfunk. 463, 464: Berliner Rundfunk. 464, 465: Berliner Rundfunk. 465, 466: Berliner Rundfunk. 466, 467: Berliner Rundfunk. 467, 468: Berliner Rundfunk. 468, 469: Berliner Rundfunk. 469, 470: Berliner Rundfunk. 470, 471: Berliner Rundfunk. 471, 472: Berliner Rundfunk. 472, 473: Berliner Rundfunk. 473, 474: Berliner Rundfunk. 474, 475: Berliner Rundfunk. 475, 476: Berliner Rundfunk. 476, 477: Berliner Rundfunk. 477, 478: Berliner Rundfunk. 478, 479: Berliner Rundfunk. 479, 480: Berliner Rundfunk. 480, 481: Berliner Rundfunk. 481, 482: Berliner Rundfunk. 482, 483: Berliner Rundfunk. 483, 484: Berliner Rundfunk. 484, 485: Berliner Rundfunk. 485, 486: Berliner Rundfunk. 486, 487: Berliner Rundfunk. 487, 488: Berliner Rundfunk. 488, 489: Berliner Rundfunk. 489, 490: Berliner Rundfunk. 490, 491: Berliner Rundfunk. 491, 492: Berliner Rundfunk. 492, 493: Berliner Rundfunk. 493, 494: Berliner Rundfunk. 494, 495: Berliner Rundfunk. 495, 496: Berliner Rundfunk. 496, 497: Berliner Rundfunk. 497, 498: Berliner Rundfunk. 498, 499: Berliner Rundfunk. 499, 500: Berliner Rundfunk. 500, 501: Berliner Rundfunk. 501, 502: Berliner Rundfunk. 502, 503: Berliner Rundfunk. 503, 504: Berliner Rundfunk. 504, 505: Berliner Rundfunk. 505, 506: Berliner Rundfunk. 506, 507: Berliner Rundfunk. 507, 508: Berliner Rundfunk. 508, 509: Berliner Rundfunk. 509, 510: Berliner Rundfunk. 510, 511: Berliner Rundfunk. 511, 512: Berliner Rundfunk. 512, 513: Berliner Rundfunk. 513, 514: Berliner Rundfunk. 514, 515: Berliner Rundfunk. 515, 516: Berliner Rundfunk. 516, 517: Berliner Rundfunk. 517, 518: Berliner Rundfunk. 518, 519: Berliner Rundfunk. 519, 520: Berliner Rundfunk. 520, 521: Berliner Rundfunk. 521, 522: Berliner Rundfunk. 522, 523: Berliner Rundfunk. 523, 524: Berliner Rundfunk. 524, 525: Berliner Rundfunk. 525, 526: Berliner Rundfunk. 526, 527: Berliner Rundfunk. 527, 528: Berliner Rundfunk. 528, 529: Berliner Rundfunk. 529, 530: Berliner Rundfunk. 530, 531: Berliner Rundfunk. 531, 532: Berliner Rundfunk. 532, 533: Berliner Rundfunk. 533, 534: Berliner Rundfunk. 534, 535: Berliner Rundfunk. 535, 536: Berliner Rundfunk. 536, 537: Berliner Rundfunk. 537, 538: Berliner Rundfunk. 538, 539: Berliner Rundfunk. 539, 540: Berliner Rundfunk. 540, 541: Berliner Rundfunk. 541, 542: Berliner Rundfunk. 542, 543: Berliner Rundfunk. 543, 544: Berliner Rundfunk. 544, 545: Berliner Rundfunk. 545, 546: Berliner Rundfunk. 546, 547: Berliner Rundfunk. 547, 548: Berliner Rundfunk. 548, 549: Berliner Rundfunk. 549, 550: Berliner Rundfunk. 550, 551: Berliner Rundfunk. 551, 552: Berliner Rundfunk. 552, 553: Berliner Rundfunk. 553, 554: Berliner Rundfunk. 554, 555: Berliner Rundfunk. 555, 556: Berliner Rundfunk. 556, 557: Berliner Rundfunk. 557, 558: Berliner Rundfunk. 558, 559: Berliner Rundfunk. 559, 560: Berliner Rundfunk. 560, 561: Berliner Rundfunk. 561, 562: Berliner Rundfunk. 562, 563: Berliner Rundfunk. 563, 564: Berliner Rundfunk. 564, 565: Berliner Rundfunk. 565, 566: Berliner Rundfunk. 566, 567: Berliner Rundfunk. 567, 568: Berliner Rundfunk. 568, 569: Berliner Rundfunk. 569, 570: Berliner Rundfunk. 570, 571: Berliner Rundfunk. 571, 572: Berliner Rundfunk. 572, 573: Berliner Rundfunk. 573, 574: Berliner Rundfunk. 574, 575: Berliner Rundfunk. 575, 576: Berliner Rundfunk. 576, 577: Berliner Rundfunk. 577, 578: Berliner Rundfunk. 578, 579: Berliner Rundfunk. 579, 580: Berliner Rundfunk. 580, 581: Berliner Rundfunk. 581, 582: Berliner Rundfunk. 582, 583: Berliner Rundfunk. 583, 584: Berliner Rundfunk. 584, 585: Berliner Rundfunk. 585, 586: Berliner Rundfunk. 586, 587

Der Mann als Frau. Auffallend zahlreich sind die Fälle von Bigamie, die in der letzten Zeit in der Türkei bekannt geworden sind. So heiratete ein Bauer aus der Umgegend von Meisina vor jezt das schönste Mädchen aus seinem Dorfe. In der Hochzeitsnacht mußte er jedoch feststellen, daß seine Frau ein Mann war. Das Mädchen wurde daraufhin von ihren Eltern in ein Krankenhaus geschickt, aus dem es einige Tage später nach Vornahme einer leichten Operation als völligtätiger Mann entlassen werden konnte. „Es“ hatte nun einen männlichen Namen angenommen und ist in Mesina Hafnarbeiter geworden.

Kolonisation. Jonathan Swift, der Verfasser von „Gullivers Reisen“, charakterisierte einmal die Kolonisationsmethoden der Völker wie folgt: Jede europäische Nation hat eine andere Art, zu kolonisieren. Die Spanier sangen damit an, eine Kirche zu bauen, die Franzosen damit, ein Fort und die Engländer damit, eine Kneipe zu errichten.“

Das Schicksal dieser Nacht.

Terrasse eines Kaffeehauses um Mitternacht. Die Elektrischen gehen schon seltener. Schaumlende Lampen und Laubgerank säufchen Dase in der Steinwüste vor. Die große erleuchtete Uhr vom Bahnhof hängt hell und losgelöst in der schwarzen Nacht und ist ein zweiter Mond.

Die Gäste sind spärlich. Nur selten setzt sich noch ein neuer Passant. Überall wird gezahlt. Die Wäcker stellen bereits ganze hintere Stühle auf die Tische und zählen die Hunderthschalen.

Am Rande der Straße sitzt ein junges Mädchen. Kaffee steht unberührt vor ihr. Sie mag schon viele Tassen heute bestellt haben. Hier oder drüben oder weiter unten am Anhalter Bahnhof. Sie treibt das Geschäft noch nicht lange. Ist jung und unruhig. Beim Hochberieb zwischen den Bahnhöfen fällt sie nicht auf. Sie hat noch nicht jenen Kniff gemerkt, der das Reizvolle an ihr herausbringen lassen würde, wie eine Lichtkugel. Die Laterne spiegelt über ihr blaues Gesichtchen. Und sie braucht sich doch nur die Brauen stärker nachzuziehen, um plötzlich interessante Blicke, die fesseln, zu haben.

So blüht noch Jugend ungeformt und regungslos vom hellen Paar zum Hals hinunter. Wie lange mag sie aus dem Waldbüschen oder der kleinen Stadt schon hier sein? Viele bleiben schon im bunten Schlamm der Provinzbahnhofsviertel stecken. Diese hier wälte ein günstiger Wind bis ins Zentrum des Handels, dessen Böden keine Ruhelage kennen, und wo Sonntags die Kurse noch höher notiert werden als in der Woche.

Sie wartet. Und zittert. Es ist spät. Man kann nicht mehr ablehnen. Selbst wenn man sich fürchtet. Selbst wenn man sich eckt. Sie sieht in einen kleinen Taschenspiegel. Rechnungen ziehen darauf vorüber, eine nach Wirtes ausgestreckte Hand, aus einem Baume fliegt ein bis in die Nacht ihr ins Ohr vernehmter Fuch des Schmeiers um dreihig Mark wie ein Stein gegen den Kopf.

Ihr Herz klopf. Drüben weht in kurzen Stößen, wenn die Tür geöffnet wird, Ruß aus einem Lokal. Sie hört aber nur knarrende Stufen, das Klischen von Wachstreichelholzern, einen heiseren Ausruf, und ihre Nase ist voll von der Moderluft laubiger Blüschvorhänge.

Gerade als unten vor der Steinbalustrade ein eingeschlafenes Kind vorbeigezogen wird, das einen Lustballon krampfhaft in der Faust hält, während die Mutter unwillig die Post schleppt und vielleicht

die Stunde verflucht, die sie ihr gab, betritt das Schicksal das Café. Es kommt heran, nüstert, legt einen dicken Finger mit einem zerborstenen Nagel an den Strohhut und setzt sich. Bestellt rasch ein Bier. Der geistige Scheitel neigt sich nach vorn. Die Augen schnuppern. Dann gehen sie über die übrigen Tische Verweilen hier, verweilen dort, kehren zurück Dann öffnet sich unter von Brillantine glänzendem Schnurrbart ein Mund ein großer, angepflogter Mund mit rissigen Lippen und einer kleinen Blase im linken Winkel, und irgendwoher kommt eine Stimme: „So spät noch, Fräulein...“

Mit geistlichem Kopf, wie ein Beirater der Beil des Henkers, empfängt das Mädchen diese Anrede. Und widerstandslos gibt sie ein armseliges, falsches Lächeln vor dem Schicksal dieser Nacht.

Manfred Georg.

Steuerrede.

Steuervergütung, Sicherung von Steuern, Rechtsmittel.

(Siehe Artikel in Nr. 39 vom 14. Febr. 1930 und Nr. 42 vom 18. Febr. 1930.)

Die wichtigsten Bestimmungen über die Exekution wegen rückständiger Steuern sind bereits in den vorstehend bezeichneten Artikeln enthalten. Nachzutragen ist noch:

Gegen die Exekution selbst gibt es keine Einwendungen, sondern bloß gegen die Mahnung und gegen Verfügungen beim Vollzug der Exekution. Es kann beispielsweise eingetendet werden: daß die Steuerforderung erloschen oder gestundet ist, daß die Mahnung oder die Exekution vorzeitig geschehen ist, daß Sachen gepfändet wurden, die nach der Exekutionsordnung nicht gepfändet werden dürfen.

Einwendungen sind binnen acht Tagen einzubringen.

Werden Gegenstände gepfändet, die einer anderen Person als dem Steuerschuldner gehören, so kann diese Person Widerspruch gegen die Pfändung erheben (§ 357).

Gepfändete Gegenstände (mit einigen Ausnahmen) werden im Wege öffentlicher Versteigerung verkauft. Zwischen der Pfändung und dem Versteigerungstermin müssen mindestens drei Wochen liegen (§ 375 St.G.).

Die Versteigerung ist zu schließen, sobald der erzielte Geld zur Befriedigung der vollstreckbaren Steuerforderung und der Exekutionskosten, sowie jener Forderungen, welche ein Vorkaufsrecht vor der Steuerforderung besitzen, hinreicht (§ 380 St.G.).

Die Kosten für die Mahnung und Exekution hat der Schuldner zu zahlen (§ 404 St.G.).

Ungeprüfte Entscheidungen.

Amliche Verfügungen und Entscheidungen (§ 256), die dem Gesetze widersprechen oder auf einem wesentlich mangelhaften Verfahren beruhen, können, wenn sie auch bereits in Rechtskraft erwachsen sind, von Amts wegen oder auf Ansuchen des Steuerpflichtigen aufgehoben werden, wenn nicht mehr als vier Jahre vom Ende des Jahres vergangen sind, in welchem die Verfügung oder Entscheidung getroffen wurde.

Steuervergütung zur Sicherung von Steuern.

Bestimmungen, die zur schrankenlosesten Willkür führen können, enthalten die §§ 284 und 400 des St.G. — § 284 gibt der Steuerbes-

chungsbehörde das Recht, wenn die Einhebung einer noch nicht vorgeschriebenen Steuer gefährdet ist, dem Steuerpflichtigen mittels schriftlichen, sofort vollstreckbaren Auftrages die Verpflichtung aufzulegen, die Steuer sicherzustellen. § 400 St.G. räumt der Steuerbehörde das Recht der Pfändung von Fahrnissen und Forderungen zur Sicherung noch nicht vorgeschriebener oder nicht fälliger Steuern ein.

Da die Steuerbehörde selbst das Organ ist, welches feststellt, ob eine noch nicht vorgeschriebene Steuer bezahlt werden wird oder nicht, so kann sie jeden beliebigen Steuerpflichtigen pfänden, wenn auch die Steuer noch nicht vorgeschrieben ist.

Was Steuerpflichtige bisher erfahren haben, ist schwarzer als schwarz. Der einzelne Steuerpflichtige, sofern er in die Kategorie der kleinen Steuerzahler gehört, ist machtlos, nur durch eine Organisation, die sein Interesse vertritt, kann er erfolgreich gegen Unrecht und Willkür aufreten.

Die politische und gewerkschaftliche Organisation gewährt auch hier Hilfe und ein einziger gut durchgeführter Steuerfall erspart dem Betroffenen einen weit höheren Betrag, als er in vielen Jahren Beiträge zahlt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Die Lohnbewegung im tschechischen mittelböhmischem Gebiete.

Der sogenannte ostböhmisches, tschechische Vertrag wurde am 1. Dezember 1929 einmonatlich gekündigt, weil die vorjährige Teuerungsausgleich befristet war. Es haben nun schon zweimal Lohnverhandlungen stattgefunden, welche jedoch für die Arbeiterschaft zu keinem befriedigendem Ergebnis führten. Die Unternehmer fordern Abänderungen im Rahmenvertrag, obzwar derselbe nicht gekündigt war. Der Abt. „Einarbeiten“ im Rahmenvertrag sollte von 10 Stunden auf 15 Stunden ausgedehnt werden. Schließlich begünstigten sich die Unternehmer mit 13 Stunden. Die Abrechnung soll in Zukunft vierzehntägig erfolgen, für die ersten acht Tage soll eine à Konto-Zahlung gewährt werden. Das Einarbeiten für Tage, welche zwischen Feiertage fallen, soll ohne Ueberzeitzuschlag geleistet werden. Die Spinnerinnen sollen aus der Kategorie 1 in die Kategorie 2 versetzt werden. Die Unternehmer haben zwar noch mehr Forderungen im Rahmenvertrag verlangt, sind jedoch bei der zweiten Verhandlung davon abgegangen und erklärten die obenangeführten Forderungen als unabwendbar und mühten von der Arbeiterschaft angenommen werden.

Im tschechischen Gebiete wurden nach dem Lohnabbau 1923 keine prozentuellen Lohn erhöhungen gewährt, die Unternehmer bestanden immer auf einmaligen Zuschüssen. Im Vergleich zu den einmaligen Zuschüssen im vorigen Jahre bieten sie für heuer nur 50 Prozent; das heißt, in der 2. Kategorie, in der für das ganze Jahr 400 K als einmalige Zuschüsse gewährt wurden, bieten sie nur 200 K, in den anderen Kategorien ebenfalls nur die Hälfte, so daß die einmalige Zuschüsse nur 75 K bis 200 K betragen würde, anstatt wie im Vorjahre für Sechlinge 150 K. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Dienstag, den 25. Febr. l. J., soll neuerlich verhandelt werden.

Sonntag, den 23. Febr. l. J., fand in

Alt-Pala eine sehr gut besuchte Konferenz der koalitierten Verbände statt, welche zu der Situation Stellung nahm. Nach den Referaten der Gen. Dvořak und Spisár entwickelte sich eine rege Debatte, welche in dem Tone ausklang, auf keinen Fall ungünstiger abzuschließen als im Jahre 1929. Am Schluß der Konferenz wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Unterhändler beauftragt werden, auf der vorjährigen Ausschüsse zu beharren und nebstdem auch die Forderung im Rahmenvertrag abzulehnen. Angeblich reden sich die tschechischen Arbeitgeber darauf aus, daß in Nordböhmen die 64-Stundenlöhne für 1930 nicht bewilligt werden sollen.

Es sei hier festgesetzt, daß bis jetzt eine abschlägige Antwort in Reichenberg noch nicht erfolgt ist. Außerdem sei festgestellt, daß die Hellerzulage weiterläuft, welche in der 1. Kategorie über 1000 K beträgt, während die tschechischen Unternehmer den Arbeitern nur 200 K angeboten haben. Alle Anzeigen deuten darauf hin, daß ein gemeinsamer Beschluß der deutschen und tschechischen Unternehmer vorliegt, die Löhne eher herabzusetzen als zu erhöhen. Die Herren Arbeitgeber versuchen, die übervertraglichen Akkorddienste der gegenwärtigen Zeit überall abzubauen, und außerdem versuchen die tschechischen Arbeitgeber, trotzdem der Lohn in den tschechischen Gebieten viel niedriger ist als in Nordböhmen, noch die Vertragslöhne, d. h. die Zuschüsse, herabzusetzen. Soweit aus den Berichten der Vertrauensleute ersehen werden konnte, sind im tschechischen Gebiet die Betriebe mit Ausnahme des Raumerkonzerns und der Firmen Schmidt resp. Blážík und Hernald zum großen Teile noch voll beschäftigt. Die tschechischen Unternehmer hätten daher die wenigste Ursache, an die Herabsetzung der Löhne zu gehen, nachdem die Betriebe noch in fast vollem Umfange arbeiten. Wir werden über den Ausgang der Verhandlungen im tschechischen Gebiet in Böhmen noch berichten.

Lohnkampf in der ostböhmischem Textilindustrie.

Schon seit Wochen wird in der Textilindustrie im tschechischen Teil Ostböhmens verhandelt. Am 23. Febr. fand nun eine Konferenz der Textilarbeiter aus den Gebieten von Raasd, Altpala und Wildenschwert statt. In der Konferenz stellten sich die Vertrauensmänner mit Entschiedenheit gegen die Absichten der Unternehmer, die Teuerungszulage um volle 50 Prozent des im Vorjahre ausgezahlten Betrages zu kürzen. Es wurde beschlossen, von den Forderungen der Arbeiter nichts nachzulassen. Da die Unternehmer auf ihrem Antrag auf Herabsetzung der Teuerungszulage von 400 auf 200 K bestanden, sind die Unterhandlungen ergebnislos verlaufen.

Die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie.

Die Arbeitslosigkeit im Internationalen Metallarbeiterverband (Amotau) macht sich, wie wir dem bezüglichen Fachblatt entnehmen, infolge der Wirtschaftskrise recht stark bemerkbar. So waren in den einzelnen Monaten an Arbeitslosen, welche Unterstützung bezogen: im Juli 400, August 515, September 497, Oktober 546, November 862, Dezember 2652, Jänner 4313 und im Febr. 3037. Die hohe Arbeitslosigkeit im Jänner wurde durch vorübergehende Betriebsstilllegungen hervorgerufen.

Eine wiederentdeckte Verdi-Oper.

Die Anfruchtbarkeit des modernen Opernschaffens ist der Grund für die Wiederentdeckung älterer, vergessener Opern. Die gegenwärtige Handelsrenaissance an den deutschen Opernbühnen, die Wiederkehr zu Glucks Opern, die Wiederentdeckung Eimarosas und Pergoleses sind in diesem Sinne zu verstehen. Auch die in den letzten Jahren mächtig einsetzende Bewegung für den großen italienischen Operisten Giuseppe Verdi ist auf die Erkenntnis der modernen Opernschaffens zurückzuführen, die zu mehreren Verdis Opernwerke besonders geeignet sind. Um aber nicht nur auf die bekannten und abgepielten Opern dieses Meisters angewiesen zu sein, hat man sich auch seiner zahlreichen, weniger bekannten musiodramatischen Werke erinnert und versucht, sie der Opernbühne wieder zu gewinnen. Der Dichter Franz Werfel als sicher beachtenswerter Verdi-Apostel der Gegenwart hat diesbezüglich bisher besonders wertvolle Arbeit geleistet. Ihm dankt man vor allem die Wiederentdeckung der Oper *Verdi's „Die Macht des Schicksals“*, die als sozusagen neues, glänzendes Werk rasch alle großen Opernbühnen erobert hat. Nun hat er neuerdings eine zweite, in Verknüpfung geratene Oper Verdis ans Licht gebracht und in liebevoller Bearbeitung der Opernbühne übergeben: Die Oper „Simon Boccanegra“, eine lyrische Tragedie in einem Akt und drei Akten. Die Neuauflage des Werkes hat in nicht hoch genug einzuschätzender künstlerischer Einsicht der Musikverlag von G. Ricordi in Mailand besorgt.

Verdi's *„Simon Boccanegra“* hat, wie so manche andere Oper des großen italienischen Meisters der Oper, sein allzu glückliches Schicksal gehabt. Verdi hat sie deswegen selbst noch einer vollständigen Neubearbeitung unterzogen, für die der Dichter-Komponist Arrigo Boito die lyrischen Änderungen besorgte; die Werfel'sche Fassung des Werkes stellt also seine

dritte Bearbeitung dar. Merkwürdig ist übrigens auch das Schicksal dieser dritten Bearbeitung der Oper: In Wien kam mit einem Achtungserfolge belohnt, hat sie dieser Tage erst in Berlin tiefen Eindruck gemacht und Publikum und Kritik begeistert. Das Prager Deutsche Theater, das die Aufführung der Oper in Erwägung gezogen hatte, nach ihrem schwachen Wiener Erstaufführungsergebnis aber aufgegeben wurde, wird gut tun, den Berliner Erfolg des Werkes zu berücksichtigen und es zur Aufführung seines ohnedies wenig abwechslungsreichen Opernspielplans zu benutzen. Die künstlerischen Schicksale des „Simon Boccanegra“ sind so interessant, daß sie, als Illustration zu Verdis persönlichen künstlerischen Schicksalen, mitteilenswert für die Öffentlichkeit sind.

Die Oper *„Simon Boccanegra“* ist der Zeit ihrer Entstehung nach die Vorläuferin des „Maskenballes“. Sie ist Verdis fünfte Opernschöpfung und für die „Genie“ in Venedig geschrieben, welcher Opernbühne der Meister auch etliche andere Opern zur Erstaufführung überlassen hat. Den Text zum „Simon Boccanegra“, der am 12. März 1857 seine Uraufführung erlebte, hatte Francesco Maria Piave geliefert, der bei nicht weniger als zehn Opern (darunter dem „Ernani“, „Rigoletto“, der „Traviata“ und der Oper *„Die Macht des Schicksals“*) Verdis Librettist war. Aber die Aufnahme des „Simon Boccanegra“ bei seiner Venediger Erstaufführung war sehr kühl. Eine Folge einerseits der mäßigen künstlerischen Durchführung des Werkes, andererseits ihres schwachen und verworrenen Textbuches das ein Zeitgenosse Verdis „einen schauerlichen melodramatischen Wismasch“ nannte, den er nicht weniger als sechsmal lesen mußte, bevor er etwas davon verstand oder vielmehr zu verstehen stand. Verdi hat sich selbst in ähnlichem Sinne über die Gründe des Mißerfolges seines „Simon Boccanegra“ geäußert. In einem Briefe an den Mailänder Verleger Tito Ricordi vom 4. Febr. 1859 schreibt er: „Der Durchfall des „Boccanegra“ in Mailand mußte kommen und so ist er gekommen. Ein Boccanegra ohne Boccanegra!“, Schneidet einem

Menschen den Kopf ab und sucht ihn dann zu erkennen, wenn das möglich ist!“ Daß der Komponist aber selbst keine schlechte Meinung von dieser Oper hatte, beweist eine andere Stelle desselben Briefes. „Nebsther“, heißt es dort, „mögen Freunde und Feinde erzählen, was sie wollen: der „Boccanegra“ ist nicht schlechter als allerhand andere Opern von mir, die mehr Glück hatten, vielleicht, weil gerade eben „Boccanegra“ eine noch sorgfältigere Aufführung verlangt hätte und ein Publikum, das sich herbeiließe, zuzuhören...“ Erst zwanzig Jahre nach der Uraufführung hat Verdi den „Simon Boccanegra“ umgearbeitet. Den Anlaß dazu gab eine Aufführung von Schillers „Fiesco“, der bekanntlich die Stoffliche Grundlage des „Simon Boccanegra“ bildet, durch das berühmte Weiminger Schauspiel-Ensemble in Köln, der Verdi bewohnte. Trotzdem der Meister der deutschen Sprache nicht mächtig war, übte das Drama eine so tiefe Wirkung auf ihn aus, daß er nach der Vorstellung ausrief: „O welch ein schönes Gedicht hätte Piave mir daraus machen können!“ Die Neubearbeitung des „Simon Boccanegra“ führte nach den Anweisungen Verdis der italienische Dichter Arrigo Boito aus, der als Opernkomponist für die Verfassung eines guten Opernbuches besonders geeignet schien. Verdi hat in dieser zweiten Ausgabe der Oper nicht nur zahlreiche Änderungen des musikalischen Teiles vorgenommen, sondern auch mehrere ganz neue Stücke hierfür geschrieben. Eine dieser neuen Nummern, das Finale des ersten Aktes, wird von dem bekannten Verdi-Biographen Arthur Pougin sogar als „eine der dramatisch wirksamsten und tiefempfindendsten Kompositionen bezeichnet, die jemals unter Verdis Feder entstanden sind“. Durch einen ausgezeichneten Dirigenten und mit glänzenden Solisten wurde der „Simon Boccanegra“ in seiner neuen zweiten Fassung im Jahre 1881 an der Mailänder Scala aufgeführt und diesmal mit begeisterten Beifall aufgenommen. Dagegen der Erfolg war der Oper in dessen nicht bescheiden; ihre kaum zwei Jahre nach der Mailänder Aufführung erfolgte Wiedergabe in Paris hatte trotz vorzüglicher Solisten und musikalischer Betreuung durch den berühmten Dirigenten der Mailänder Scala Faocio, der eigens nach

Paris gekommen war, nur einen Achtungserfolg zu verzeichnen.

Verdis eigene Wohlmeinung über den „Simon Boccanegra“ mag Franz Werfel, den begeistertsten Vorämpfer Verdis unserer Zeit, dazu bewegen haben, das Werk der Vergessenheit zu entreißen und durch eine neuerliche Bearbeitung Bühnenwirksam und lebensfähig zu gestalten. Die Bearbeitung Werfels stellt sich als eine freie Nachdichtung des ursprünglichen Opernbuches von Piave dar. Es war Werfel vor allem darum zu tun, Klarheit in die Handlung zu bringen; ein Versuch, der als gelungen bezeichnet werden muß. Plebejer und Patriegier streiten um die Dogen-Herrschaft in Genua, die nach dem Sturze Fiescos dem Plebejer Boccanegra zufällt, der Fiescos Tochter liebt. Aber Boccanegra selbst wird das Opfer seiner Parteigenossen; er wird vergiftet, eine Adelsverschönerung ist von Erfolg begleitet, Fiesco wird wieder Doge. In der Todesstunde Boccanegras veröhnen sich Plebejer und Patriegier; Mittelsperson dieser Versöhnung ist Amella, die Tochter des Plebejers Boccanegra und Entelin des Patriegiers Fiesco. Werfel hat, ein weiteres Verdienst seiner Neubearbeitung, den Text in innigste Beziehung zur Musik Verdis gebracht und ein in Verge gefahtes Textbuch geschaffen, das den musikalischen Ansprüchen nicht nur überall entspricht, sondern der Musik fördernd zur Seite steht. Das Studium des Klavierauszuges der lyrischen Tragedie „Simon Boccanegra“ läßt diese Oper als ebenso wertvollen wie wirkungsvolleren Verdi erkennen. Die Zahl stimmungsvoller Szenen und wirkungsvoller Arien ist ebenso groß wie jene prachtvoll aufgebauter Ensembles. Ganz groß angelegt sind die Finales des Vorspiels und des ersten und zweiten Aktes, in denen auch der Chor eine hervorragende Rolle hat. Stil, Ausdruck und musikalischer Kolorit des „Boccanegra“ entsprechen ungefähr der Natur des Verdischen „Maskenballes“.

Ohne Zweifel kann behauptet werden, daß ein Theater, dem tüchtige Solisten zur Verfügung stehen, mit der wiedergefundenen Oper „Simon Boccanegra“ von Giuseppe Verdi nicht nur Ehre einlegen, sondern auch das Publikum gewinnen kann. Edwin Janetschek.

An unsere Postbezieher.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagsschein zur Bezahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitungen erfolgt. Die Bezugsgebühr ist am Kopf des Blattes ersichtlich und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß spätestens bis 12. eines jeden Monats in unserem Besitze sein; wir ersuchen Sie, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Die Verwaltung.

Die Kosten der Lebenshaltung.

Verteuerung der Wohnungen.

Der gewogene Lebensmittelpreis für die mittlere Woche des Jänner 1930 verzeichnet nach den Ergebnissen der Erhebungen, die in den Preislisten des Statistischen Staatsamtes Nr. 2, Jhrg. X (1930) veröffentlicht wurden, auf der Basis der Vorkriegspreise (VII 1914 gleich 100) einen Rückgang von 0,9 Prozent.

Vom Gesamtumfang der Preise aller erhobenen Roh- und Genussmittel bilden eine Ausnahme Kartoffel, deren Preis sich um 1,7 Prozent erhöhte, ferner Kopfsalat, Zwiebel, Winterobst und Pfäfenmus.

In den einzelnen Ländern ist der Lebensmittelpreis im Vergleich mit dem Vormonate (Zahlen in der Klammer) der folgende (in der jetzigen Goldwährung): In Böhmen 128,9 (130), in Mähren-Schlesien 123,1 (125,1), in der Slowakei 129,9 (130,7), in Karpathoruthland 140,2 (141,3), im Durchschnitt der ganzen Republik 127,5 (128,7).

Was die großen Städte betrifft, verzeichnen: Prag 116,6 (116,4), Brünn 115,5 (117,7), Pilsen 138,1 (139,8), Wien 114,9 (115,6) und Reichenberg 123,4 (125,3).

Der Index der Lebenshaltungskosten zeigt gegenüber Jänner ein Steigen um 1 Prozent, namentlich infolge der Verteuerung der Wohnungen (im Durchschnitt um mehr als 2 Prozent) auf.

Die Gesamtindizes (Juli 1914 gleich 100) im Jänner (in der Klammer: im Dezember) betragen in der jetzigen Goldwährung bei einer fünfgliedrigen Arbeiterfamilie in Prag in alten Häusern, in neuen Häusern und im Durchschnitt beider 106 (105,1), 117,6 (116,7), 108,9 (107,8); bei einer viergliedrigen Beamtenfamilie 102,1 (101,3), 113 (112,3), 104,8 (103,8).

Kunst und Wissen.

Illustrierte Aufführung von Richard Wagners „Ring des Nibelungen“. Richard Wagners gewaltige Tetralogie „Der Ring des Nibelungen“ wird in dieser Spielzeit zur einmaligen illustrierten Wiedergabe unter der musikalischen Leitung Georg Szélls gelangen. Für diesen Illustus, der Donnerstag, den 6. März einsetzt, wird ein Sonderabonnement zu ermäßigten Preisen aufgelegt; die Preise dieses Sonderabonnements betragen für alle vier Vorstellungen: Logen 440—260 K., Parkettstiege von 140—80 K., Balkon von 100—76 —, Galleriestiege von 64—36 K. Die Vorstellungen finden im allgemeinen Theaterabonnement statt. Abonnenten, die den ganzen Illustus zu hören wünschen, erhalten Karten zu den restlichen drei Vorstellungen zu den ermäßigten Bedingungen des Sonderabonnements. Vorverkauf für das Sonderabonnement ab morgen, Freitag, an der Tageskasse.

Intimes Theater: Gastspiel französischer Schauspieler. Nach dem Auftreten des Ensembles der Comédie française in den Kammerspielen hatten diese jungen Leute des Theater Ambulant (Wandertruppe) der „Petite scène“ keinen leichten Stand. Sie sind modern, auch in unserem Sinne und zeigen sehr realistisch — stillose Gestaltung. Ihr Programm war ein moderner Dreifakter von Marivaux: „Die zweite Ueberraschung der Liebe“ (La seconde surprise de l'amour) und ein Molière „Le mariage forcé“. Während die Comédie française als eine der ältesten Bühnen des Kontinents naturgemäß den klassischen Stil in jeder Hinsicht pflegt und auch in der modernen Komödie krafft und schreiende Wirkungen nicht sucht, sondern mehr Gewicht legt auf verfeinerte Wiedergabe selbst starker Stellen, bemerkten wir bei diesem Ensemble das deutlichste Bestreben, in stilloser Wiedergabe Augenblickswirkung zu erzielen. Dabei muß aber konstatiert werden, daß auch diese jungen Schauspieler ihre Hauptstärke in der auffallenden linguistischen Fertigkeit fanden, die mir überhaupt noch den in Prag gezeigten Leistungen bei den französischen Ensembles das Beste zu sein scheint. Bei aller Höflichkeit gegen Gäste: sie sind nun einmal interessant, weil man fremde Kulturen und ihre Darstellungen kennen lernt, das moderne Lustspiel war auch flott gespielt, den Molière aber konnte man nicht anerkennen: diese Auffassung, diese Verzerrung und Verdrehung auf überflüssige Grotteske muß von Paris nicht nach Prag verpflanzt werden und muß in unserem Theater jedenfalls kein Vorbild sein. Die Einzelleistungen waren durchwegs mäßig — denn für die unerhörte Schönheit, den harmonischen Fluß der französischen Sprache müssen keine besonderen Vorbeeren gepflückt werden — nur zwei Damen, Mathilde de Decker und Madeleine Linahre übertrafen ihre männlichen Partner um einige Klassen. Französisches Theater erscheint mir immer amüsant, aber nicht von des Gedankens Blässe angehaucht. W. S.

Shakespeare im Weinberger Stadttheater: „Komödie der Irrungen.“ (Uebersetzt von Gottlieb Stöckel, Szenemusik von Miroslav Ponc.) William Shakespeares 1576 geschriebene Grotteske ist auch heute noch lebensfähig: die bunte Realistik seiner Szenenreihen, bewundert von den Dramatikern aller Völker, gestaltet seine sämtlichen Werke zu wahrhaft zeitlosen Spielen, die alle Literaturnaturen befruchtet haben. Goethe hat von Gustavstücken des Lebens gesprochen und wollte damit betonen, daß in Shakespeares zum erstenmale die Menschen und das Leben breiterer Schichten in naturgetreuer Manier aufgeführt auf die Bühne gebracht wurden, losgelöst und unbeschwert von den Geseßen klassischer Kunstformen. Darin sehen wir auch das Geheimnis der Wirkung dieses Spieles: es erscheinen lebhaftige Menschen und stellen die Verwirrungen der Grotteske, die nach Shakespeare charakterisiert ist durch eine gesuchte Verwicklung der Handlung, die lächerliche und fomische Situationen bringen soll. Antifolus sind zwei Zwillingbrüder, die einander nicht kennen, Dromio hieher ihr: Antifolus und aus dieser Antifolus baut Shakespeare eine lustige Verwechslungshandlung, die in Cyphes spielt; und wenn dann endlich auch Adriana nicht mehr weiß, wer eigentlich ihr Ehemann ist, so erkennt man in diesem Spiel das Verwechslungsthemata der italienischen opera buffa ebenso wie das Sujet vieler nicht zu alter Lustspiele. Josef Capel entwarf eine einfache, leicht zerleg- und verschiebbare Stübbühne mit bunten Bildern, Regisseur Seiffal bemühte sich, viel Tempo in die Aufführung zu bringen und betonte vor allem die Unwirklichkeit der Handlung durch einige Umbau, die bei gehobenem Vorhang geschahen. Sehr gut war — wie immer — J. Koboda als temperamentvolle Adriana und V. Verba als Brüderpaar Antifolus spielten wie auch das übrige Ensemble tollstes Theater

und erschlugen damit die Stimmung, die Wirkung einer Grotteske, die echten Humor erfordert. Vielleicht ist daran auch die plumpe Uebersetzung schuld. W. Sg.

Bildervortrag: „Schweden, Land, Leute und Kultur.“ Genosse J. Reismann, Vizevertreter des Schwedischen Ant. Vorklubs in Stockholm, hält Freitag, den 28. d. M. im Klub der „Prager Wustermesse“, Prag (Weste-Palais), einen Vortrag über obiges Thema und wird ihn mit 160 Bildern (Schwedischen Originalaufnahmen) begleiten. Mit Rücksicht auf die im Mai in Stockholm stattfindende große Ausstellung schwedischer Kunst- und Industrie, schwedischer Kunst- und Heimgewerbes erhält der Vortrag besondere Aktualität.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (Ensemblegastspiel Vil Dagover), halb 8 Uhr: „Was nützt die schönste Frau, wenn sie keine Zeit hat!“ — Freitag (123—3), halb 8 Uhr: „Ariadne auf Naxos“ — Samstag (124—4), 7 Uhr: „Das Land des Lächelns“ — Sonntag, halb 3 Uhr, Arbeitervorstellung: „Im Spiel der Sommerlüfte“; halb 7 Uhr (Gastspiel Friz Wolff): „Lohengrin“ — Montag (125—1), halb 8 Uhr: „Ariadne auf Naxos“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Veinen aus Irland“ — Freitag: „Lord Byron kommt aus der Mode“ — Samstag: „Hulla bi Hulla“ — Sonntag, halb 11 Uhr: Matinee Musikakademie; 8 Uhr: „Trio“; halb 8 Uhr: „Hulla bi Hulla“ — Montag (Bankbeamten 1): „21 Tage...“

Sport * Spiel * Körperpflege

Es lebe die Einheitsfront!

Von Moskau geweihte Sportrevolutionäre bei den Faschisten.

Im September 1929 suchte die Leitung der österreichischen kommunistischen Partei eine Fußballmannschaft zusammen und sandte sie zum Zeichen dafür, daß es auch in Oesterreich „revolutionäre“ Sportler gebe, nach Russland. Die Spieler wurden dort von den höchsten bolschewistischen Behörden empfangen, als die Avantgarde der österreichischen Sportopposition gefeiert, mit Rubeln ausgerüstet und zum Zweck der Spaltung sogar nach Finnland geschickt. Damit die zusammengesetzte Truppe jugendlich genug sein sollte, gab man ihr den Titel „Meister der Luzerner (sozialistischen) Sportinternationale“. Nach wochenlangen Propagandasfahrten für die „allein revolutionäre“ Sportsache nach Oesterreich zurückgekehrt, sind vier von der revolutionären Elite zu mürgerlichen Fußballverband übergetreten. Davon gehören zwei einem Verein an, dessen Leitung aus maßgebenden Heimwehrleuten besteht. Ja, es geht nichts über Prinzipientreue. Von der kommunistischen Partei zu den Faschisten ist nur ein kleiner Schritt.

Die Schweizer Arbeiterboxer in Norddeutschland. Eine Auswahlmannschaft des Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportbundes war Gast des deutschen Arbeiter-Athletenbundes in Hannover, Hildesheim und Braunschweig. Die deutschen Mannschaften erwiesen sich den Schweizern gegenüber als überlegen. Hannover gewann mit 5:3 Punkten, erreicht durch zwei Siege, ein Unentschieden, eine Niederlage. Hildesheim erreichte daselbe Ergebnis durch drei Unentschieden und einen Sieg. Braunschweig wurde Sieger mit 7:1 durch drei Siege und ein Unentschieden. Am besten schnitt der Schweizer Vertreter im Weltgewicht Rüefli (Zürich) ab, und zwar mit einem Sieg, einem Unentschieden und einer Niederlage.

Der tschechische Arbeiter-Turnverband (D.T.O.) rüft für Wien 1931. Der tschechische Arbeiter-Turnverband trifft schon jetzt seine technischen Vorbereitungen zum 2. Arbeiter-Olympia. Alle Bezirke und Gauen veranstalten in diesem Jahre Ausschreibungen und Wettbewerbe im Geräteturnen in Jahnkämpfen für Männer und Frauen in einer höheren und niederen Klasse. Zum Wettbewerb treten sechs- und siebenköpfige Mannschaften mit einem Erprobungsleiter. Nach den Jugendfesttagen des Verbandes am 28. und 29. Juni in Prag werden in Prag leichtathletische Wettbewerbe um die Meisterschaft des Verbandes in demselben Umfange wie der vorjährige tschechische Wettbewerb stattfinden. Auch hier wird es sich hauptsächlich um die Auswahl der Leichtathleten für das Arbeiter-Olympia 1931 in Wien handeln.

Wiens Fußballstädtemannschaft in Deutschland. Die Verhandlungen des Kreises Südbayern im Arbeiter-Turn- und Sportbund mit der Landesleitung Wien des Oesterreichischen Arbeiter-Fußballbundes wegen Verpflichtung der als sehr gut bekannten Wiener Städteamannschaft sind erfolgreich gewesen. Die Wiener Städteamannschaft wird am 21. Juni gegen die Städteamannschaft Augsburg und am 22. Juni gegen die Städteamannschaft München spielen.

Literatur.

„Gold.“ Die fabelhafte Geschichte des General Johann August Sutter. Von Blaise Cendrars. Im Rhein-Verlag, Basel. Nr. 3.—, geb. 5.—. Der grelle Titel und Untertitel macht gegen das Buch etwas mißtraulich, aber kaum hat man die ersten Seiten gelesen, so kommt man von dem Buche nicht mehr los. Es ist wirklich eine fabelhafte Geschichte, diese Lebensgeschichte des Sohnes des Johann August Sutter, Sohnes eines großen Baseler Papierfabrikanten usw., später Bankrotteurs, Landstreichers, Vagabunds, Diebes und Kalförners, nach später des reichsten Mannes von Kalifornien, der schließlich wieder zum Bettler wird, im Elend stirbt, nachdem er vorher als Schuppener, Aussträger oder Geschirrwäscher in einer Soldatenkasernenkommandantensfamilie ein glückliches Leben gefristet hatte. Ein wahres und wirkliches Menschenfatale hat in diesem grandiosen Abenteuerbuche seine dichterische Gestaltung gefunden. Gold! Es lockte Tausende nach Kalifornien, vom Goldfieber geschüttelt, stürzten sie sich wie riesige Heuschreckenschwärme auf das Land, Tausende gingen zugrunde und auch Johann August Sutter, zum ersten Multimillionär der neuen Welt geworden, wurde ruiniert durch die Entdeckung reicher Goldlager auf seinem Landbesitz. Seine Wäulen hieben stehen, seine Gerberien verödeten, denn alles, Hirten, Pflanzler und Arbeiter liefen davon, um Gold zu suchen und so verfaulte das Korn auf den Feldern, die Obsterte wurde nicht herangebracht und die Milchkuhe starben vor Hunger. Blaise Cendrars hat diesen einzigartigen Lebensroman zu einer Dichtung gestaltet, deren knappe, kraftvolle Sprache dem Stoffe angepaßt und in jedem Worte voll Blut und Leben ist. Eine Romanhandlung, wie ihn keine Phantastie zu erinnern vermag. r.

Bereinsnachrichten.

Klub deutscher Buchdrucker in Prag. Faschings-Samstag, den 1. März, im vollkommen neuen Feinsaal in Weinberge, Fochova, Maskenball. Hierzu sind alle Freunde eingeladen. Eintritt 17 K inkl. Steuer.

Herausgeber: Siegfried Taub.
Chefredakteur: Wilhelm Riecher.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil St. a. u. g. Prag.
Druck: Kosa K. u. S. für Zeitung- und Buchdruck. Prag.
Für den Druck verantwortlich Otto S. a. u. g. a. 1929.
Die Zeitungsmarkensignatur wurde von der Post- u. Telegraphen-Direktion mit Erlaß Nr. 13.900/VII—1929 genehmigt.

Weitling und sein christlicher Kommunismus.

„Gerechtigkeit“ — ein verholtenes Wort Weitlings — aufgefunden.

Unter den Frühsozialisten war Wilhelm Weitling eine der bedeutungsvollsten Persönlichkeiten. Im Jahre 1808 als unehelicher Sohn eines französischen Offiziers und einer deutschen Mutter geboren, erlernte er das Schneiderhandwerk, doch begann er schon frühzeitig für sozialistische Ideen leidenschaftliches Interesse zu empfinden und ver-schlang mit Heißhunger alles, was an sozialistischer — man nannte sie damals: kommunistischer — Literatur vorhanden war. Auf Europa lastete damals die furchtbarste Reaktion, die keinerlei politische Bewegung auskommen ließ. Die einzigen, die ihr zu trotzen wagten, waren reisende Handwerksburschen, die der ständigen Atmosphäre, welche besonders über Deutschland lagerte, entronnen waren und die in der Schweiz und in Paris eine Gemeinschaft, den „Bund der Gerechten“ gründeten, aus dem später der „Bund der Gerechten“ hervorging, in dem Weitling die Stelle des Leiters bekleidete. Aus den Werten der großen Utopisten Fourier, Owen und Blanc schöpfte Weitling viele Anregungen, doch schuf er, als er sich schriftstellerisch zu betätigen begann, durchaus Originelles, immerhin behielt er in seiner Denkweise von den Utopisten lange die Auffassung, es werde ihm gelingen, seine welt- und menschen-erlösende Mission durch Unterstützung der Mächtigen und der Reichen vollbringen zu können. Erst später vermodete er sich von diesem Glauben, das Ohr und die Unterstützung der Mächtigen zu befreien. Wilhelm Weitling war als Propagandist seiner von utopistischen Gedankengängen durch-setzten „kommunistischen“ Lehren eifrig tätig und er-

verfaßte auch eine Reihe von Schriften, von denen mehrere verschollen sind. Vielleicht auch wurden sie niemals geschrieben und ihre Abfassung lag bloß in der Absicht Weitlings. Seine zwei Hauptwerke sind: „Garantien der Harmonie und Freiheit“ und „Evangeli-um eines armen Sünders.“

Was Weitling lehrte, war ein proletarischer Kommunismus, dem er durch die Anlehnung an das Christentum eine ethische Rechtfertigung zu geben suchte. Ob ihn wirklich echte Gläubigkeit erfüllte, ist nicht so gewiß, es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß er die Religion nur benützte, um seine kommunisti-sche Lehre für Propagandazwecke geeigneter zu machen. Weitling hat dieser Lehre große Opfer ge-bracht. In der Zeit seiner Wirksamkeit in der Schweiz wurde er ins Gefängnis geworfen, seine Schriften und Briefe wurden beschlagnahmt und in dem atzen ihn angestrengten Prozeß wurde er nach vielen Monaten Untersuchungshaft wegen Angeblicher Gotteslästerung und Angriffen auf die Heilig-keit des Eigentums zu vier Monaten Gefängnis ver-urteilt, das Obergericht erhöhte als Berufungs-instanz diese Strafe auf sechs Monate und sprach seine Verweisung aus der Schweiz aus. Wie ein Schwerverbrecher wurde er nach Verbüßung der Strafe als Polizeischübling nach Magdeburg trans-portiert, wobei er auf dem langwierigen Wege mit einer Reihe schauerlicher Gefängnisse Bekanntschaft machte. In Magdeburg mußte er eine weitere Strafe über sich ergehen lassen, weil er sich der Militärpolizei entzogen hatte und nach seiner Frei-verbüßung wendete Weitling nach Amerika aus, wo er nach mancherlei Schicksalen im Jahre 1871 in Armut gestorben ist.

Es ist nun für die Geschichte des Sozialismus sicher von Bedeutung, daß in letzter Zeit durch den Kirchenrechtslehrer an der Kieler Universität, Ernst Barnikol, eines der für verholten gehaltenen Werke Weitlings, „Gerechtigkeit“ betitelt, im

Hamburger Staatsarchiv in Handschrift aufgefunden wurde. Weitling: „Der Seligene und seine Gerechtigkeit“. Von Prof. Dr. Ernst Barnikol. — „Gerechtigkeit.“ Ein Studium in 500 Tagen, von Wilhelm Weitling. Verlag von Walter G. Mühlau, Kiel. Preis beider Bände M. 24.—. In dem „Kirchenpolitischen Geleitwort“, das Professor Barnikol dem ersten Bande voransetzt, weist er darauf hin, daß der Sozialismus eine vormarxistische Geschichte habe, die verleugnet werde und religiösen Ursprungs sei. In der Tat hat Weitling auch sein jüngst ent-decktes Werk ganz auf den Gedanken und dem Geiste des Christentums aufgebaut, doch findet sich darin auch folgende Stelle:

„Im Christentum liegt viel Nahrung für das Gefühl. Auf's Gefühl müssen wir Kommunisten auch wirken. Der kalte Verstand hat allein noch keine Revolution gemacht. Die Armen sind schon befohlen genug. Ich will ihnen nicht auch noch den religiösen Trost nehmen, im Gegenteil, ihn für das kommunistische Prinzip entfachen... Es ist ein erfreulicher Anblick. Ich habe mir keinen Vorwurf zu machen. Alle Mittel, die in meine Macht stellen, habe ich durch ihre Verbindung zu vermehren und für die Verwirklichung des Kom-munismus anzuwenden gesucht.“

Ob ein wirklich rechthabiger Christ so spricht, mag dahingestellt sein. Jedenfalls sah Weitling in seiner Person eine Art Messias, den Messias des Kommunismus und er verleiht in seinen „Garantien“ diesem Glauben wie folgt Ausdruck:

„Nun stehen wir am Vorabend wichtiger Begebenheiten, der wichtigsten, die je die Erde gesehen. Ein neuer Messias wird kommen, um die Lehre des ersten zu verwirklichen. Er wird den morschen Bau der alten gesellschaftlichen Ord-nung zertrümmern, die Tränenquellen in das Meer der Vergessenheit leiten und die Erde in

ein Paradies verwandeln... Er wird nieder-steigen von den Höhen des Reichthums in den Abgrund des Elends, unter das Gewühl der Elenden und Verachteten und seine Tränen mit den ihrigen vermischen... Die Gewalt aber, die ihm verleiht, wird er nicht eher aus den Händen lassen, bis das kühne Werk vollendet ist.“

Das Buch „Gerechtigkeit“ ist im weitestlichsten eine Brandmarkung der bürgerlichen Justiz, es soll, wie Weitling im Vorwort schreibt, auf die Uebel der Gerechtigkeitsspflege aufmerksam machen, die Intrigen aufdecken, denen er während seiner Züricher Haft ausge-setzt war und soll dem Leser eine möglichst getreue Ansicht über die Lage eines Gefangenen geben. Nach allem was Weitling erlebt und erlitten hat, erscheint der tiefe Haß, der ihn gegen die Justiz-pflege und die Juristen erfüllte, voll begründet. Nach seiner Meinung wurden die Gesetze von Schurken oder Einfallspinseln gemacht, sie repräsentieren ihm zufolge ein System der Ungleichheit und können auch noch von Schurken oder Pinseln beliebig ausgelegt werden:

„Was sind denn also alle unsere Gesetze? Es sind Ruten, die sich die Gesellschaft geschnitten und Beuten in die Hand gibt, die nichts zu tun haben, als damit andere zu peitschen... Diese falsche Wissenschaft möchte ich so nachden vor das Publi-kum stellen, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihr nimmt.“

Der Herausgeber des verholtenen und nunmehr aufgefundenen Wertes hat sich durch seine Auffin-dung, wie auch durch seine kritische Untersuchung und die gleichzeitige Veröffentlichung zahlreicher Dokumen-te, welche die Echtheit des Manuskriptes beweisen, um die Geschichte der Vorläufer des marxistischen Sozialismus ein unfeigbares Verdienst erworben, das auch durch sein Streben, damit für einen christ-lichen Sozialismus zu werden, nicht herabgemindert werden kann.